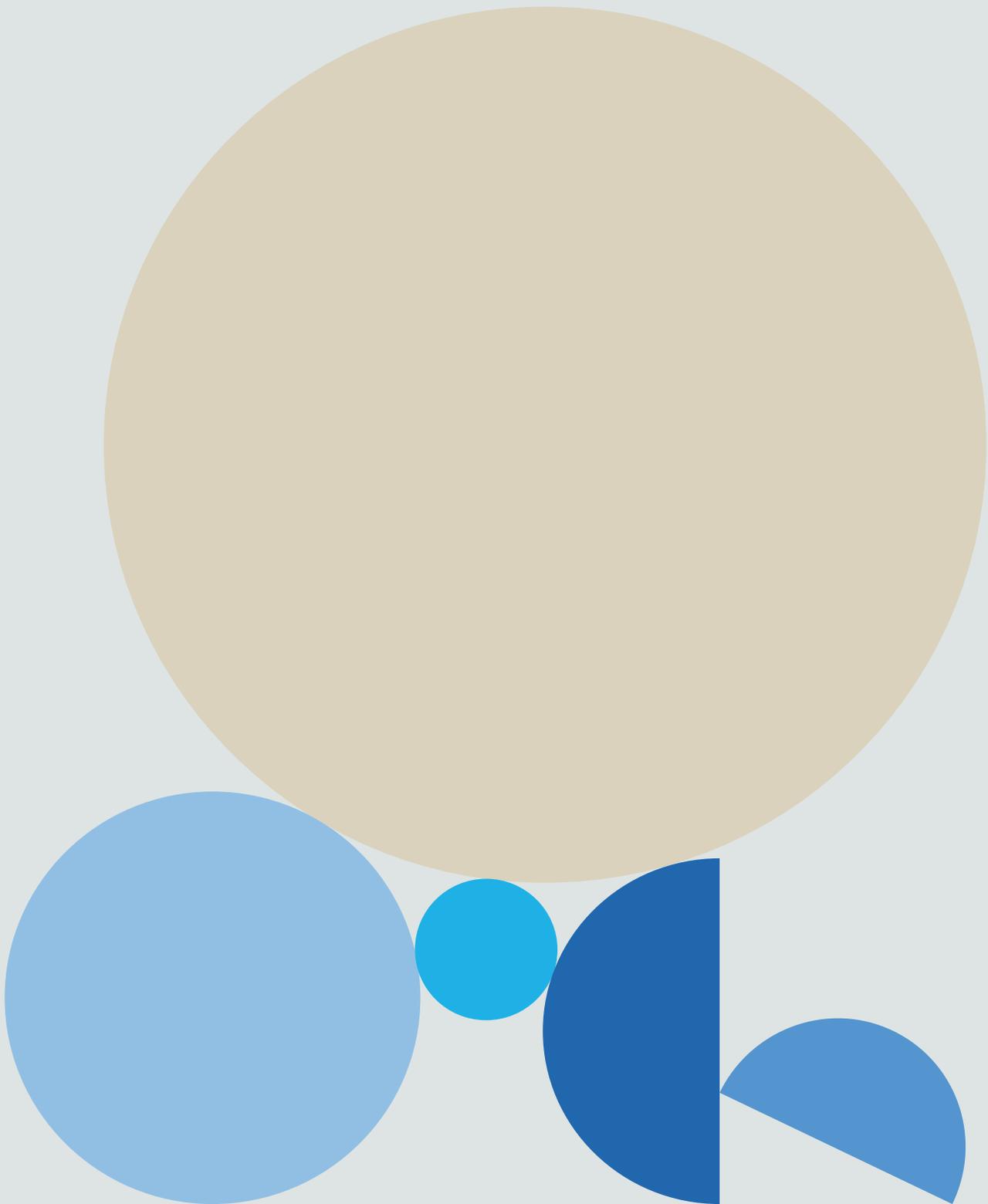


Geschäftsbericht 2024

DA Deutsche Allgemeine Versicherung

Aktiengesellschaft



Fünf-Jahres-Überblick

		2024	2023	2022	2021	2020
Brutto-Beiträge	Tsd. EUR	342.763	308.707	285.636	280.370	279.905
– Veränderung	%	11,0	8,1	1,9	0,2	1,9
Verdiente Netto-Beiträge	Tsd. EUR	201.643	173.466	139.844	138.426	136.497
– Veränderung	%	16,2	24,0	1,0	1,4	1,9
Schadenquote netto	%	81,4	83,4	80,3	69,7	66,4
Kostenquote netto	%	38,3	42,5	39,1	37,9	34,2
Kapitalanlageergebnis*	Tsd. EUR	2.936	2.753	300	2.592	3.239
Jahresfehlbetrag**	Tsd. EUR	–7.929	–38.416	–28.334	–16.654	–10.189
Kapitalanlagen	Tsd. EUR	266.702	242.102	251.802	260.327	262.196
Versicherungstechnische Netto- Rückstellungen	Tsd. EUR	231.430	234.406	234.856	229.208	222.265
Eigenkapital	Tsd. EUR	47.008	47.008	47.008	47.008	47.008
Versicherungsverträge im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	Anzahl	1.400.409	1.387.842	1.322.649	1.341.991	1.373.295

*) inkl. Technischer Zinsertrag

***) vor Verlustübernahme

Inhaltsverzeichnis

1. Verwaltungsorgane der Gesellschaft	4
1.1. Aufsichtsrat	4
1.2. Vorstand	5
2. Lagebericht	6
2.1. Geschäftstätigkeit der DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG	6
2.2. Die allgemeine wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	6
2.2.1. Deutsche Wirtschaft im Jahr 2024 im anhaltenden Stillstand	6
2.2.2. Entwicklung an den Kapitalmärkten	7
2.2.3. Die Entwicklung der deutschen Versicherungswirtschaft 2024	8
2.3. Geschäftsverlauf der DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG	9
2.3.1. Bestandsentwicklung	9
2.3.2. Beitragsentwicklung	9
2.3.3. Schadenentwicklung	9
2.3.4. Kostenentwicklung	10
2.3.5. Leistungskennziffern	10
2.3.6. Geschäftsverlauf der Versicherungsbranche im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	10
2.3.7. Kapitalanlageergebnis	11
2.3.8. Vermögens- und Finanzlage	12
2.3.9. Gesamtergebnis	12
2.4. Chancen- und Risikobericht	12
2.4.1. Risikomanagementsystem	12
2.4.2. Risikoprofil	13
2.4.3. Chancen und Risiken aus dem Versicherungsgeschäft	13
2.4.4. Chancen und Risiken aus der Kapitalanlage	15
2.4.4.1. Marktpreisrisiko	16
2.4.4.2. Bonitätsrisiko	16
2.4.4.3. Liquiditätsrisiko	16
2.4.4.4. Chancen aus Kapitalanlagen	17
2.4.5. Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft	17
2.4.6. Operationelle Risiken	17
2.4.6.1. Rechtsrisiken	18
2.4.7. Sonstige Risiken	18
2.4.8. Zusammenfassende Darstellung der Chancen- und Risikolage	19
2.5. Prognosebericht	20
2.5.1. Deutschland – Ausblick 2025	20
2.5.2. Kapitalmärkte – Ausblick 2025	20
2.5.3. Deutsche Versicherungswirtschaft – Ausblick 2025	21
2.5.4. DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG – Ausblick	21
2.6. Dank an die Mitarbeiter	22
3. Betriebene Versicherungsbranche und -arten	23
4. Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024	25
4.1. Bilanz zum 31.12.2024	26
4.2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024	30

4.3. Anhang	32
4.3.1. Angaben zur Bilanzierung und Bewertung	32
4.3.2. Angaben zur Bilanz	36
4.3.3. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung	42
4.3.4. Allgemeine Angaben	45
4.3.4.1. Identifikation der Gesellschaft	45
4.3.4.2. Organe	45
4.3.4.3. Gesamtbezüge des Aufsichtsrats und des Vorstands, gewährte Kredite	45
4.3.4.4. Mitarbeiter	45
4.3.4.5. Sonstige finanzielle Verpflichtungen	45
4.3.4.6. Verbundene Unternehmen und Konzernzugehörigkeit	45
4.3.4.7. Gewinnabführungsvertrag und Beherrschungsvertrag	46
4.3.4.8. Vorgänge nach Geschäftsjahresschluss	46
4.3.4.9. Haftungsverhältnisse	46
5. Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	47
6. Bericht des Aufsichtsrats	53
7. Zurich Gruppe - Gesellschaftsstruktur	55

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir verallgemeinernd das generische Maskulinum. Damit sind selbstverständlich alle gleichberechtigt angesprochen.

1. Verwaltungsorgane der Gesellschaft

1.1. Aufsichtsrat

Dr. Carsten Schildknecht	Vorsitzender Vorsitzender des Vorstands der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) Frankfurt am Main	
Dr. Torsten Utecht	Stellvertretender Vorsitzender Vorstandsmitglied (Finanzen) der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) Frankfurt am Main	
Dr. Claudia Max	Vorstandsmitglied (Underwriting, Property & Casualty) der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) Frankfurt am Main	bis 30.11.2024
Horst Nussbaumer	Vorstandsmitglied (Claims, Operations, IT) der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) Frankfurt am Main	seit 01.12.2024 bis 31.03.2025
Dr. Alexander Schmidt	Vorstandsmitglied ab (Underwriting, Property & Casualty) der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) Frankfurt am Main ab 01.04.2025	ab 01.04.2025

1.2. Vorstand

Peter Stockhorst	Vorsitzender (Business Performance, Finance, HR, Communications, Digitalisierung/Digital Services sowie Partnerships)
René Billing	Direct Insurance (Product, Pricing & Analytics, Digital Experience, Underwriting, Rückversicherung, Claims, Operations sowie Business Change & IT)
Michael Reuter	Governance-Funktionen (Legal (inkl. Datenschutz), Compliance, Risikomanagement, versicherungsmathematische Funktion, Group Audit)
Martin Schmidt-Schön	Digital Business, Vertrieb (Digital Sales & Online Marketing, Beraternetzwerk, Customer Development & Marketing, TeleSales & New Channels)

2. Lagebericht

2.1. Geschäftstätigkeit der DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG

Die DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG gehört zur Zurich Gruppe Deutschland und damit zur internationalen Zurich Insurance Group Ltd., Zürich. Die DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG ist in Deutschland als Online- und Direktanbieter von Versicherungsdienstleistungen ohne Einsatz von Außendienst tätig. Den Kunden werden Versicherungsprodukte für Risikoschutz und Vorsorge über die Website und das Kundenportal der Gesellschaft und über eine persönliche Beratung durch ein eigenes Call-Center angeboten.

In der Schadenversicherung werden im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft alle wesentlichen Versicherungszweige des privaten Bedarfs gezeichnet. Hier liegt der Schwerpunkt weiterhin stark auf der Kraftfahrtversicherung; die anderen Sparten gewinnen jedoch zunehmend an Bedeutung. Im Bereich der Personenversicherung werden die private Unfallversicherung sowie die Zahn- und Krankenzusatzversicherung angeboten. Die Sachversicherungssparten umfassen neben den klassischen Produkten auch die Tierkrankenversicherung. Nähere Angaben über die im Einzelnen angebotenen Versicherungszweige finden sich im Kapitel „Betriebene Versicherungszweige und -arten“.

Die Vertrags- und Schadenbearbeitung erfolgt über die Rechtsträger der Zurich Gruppe Deutschland mit direkten Ansprechpartnern für die Kunden.

2.2. Die allgemeine wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

2.2.1. Deutsche Wirtschaft im Jahr 2024 im anhaltenden Stillstand

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland wurde auch im Jahr 2024 von anhaltenden Herausforderungen geprägt und befand sich daher weiterhin in Stagnation. Globale Unsicherheiten und strukturelle Belastungen führten zu einer schwierigen wirtschaftlichen Gesamtsituation. Die Energiepreise waren nach der Energiekrise deutlich zurückgegangen, haben sich aber oberhalb des Vor-Corona-Niveaus stabilisiert. Die verhaltene Investitionstätigkeit setzte sich weiterhin fort, während internationale Konkurrenz und eine schwächelnde Exportwirtschaft das Wachstum weiter hemmten. Geopolitische Spannungen, darunter anhaltende Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten, erhöhten die wirtschaftliche Unsicherheit und belasteten die globalen Handelsbeziehungen. Zudem wurde die deutsche Wirtschaft im vergangenen Jahr durch innenpolitische Herausforderungen geprägt. Der Bruch der Ampelkoalition im November 2024 führte zu politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten und zahlreiche Gesetzesvorhaben wurden vorerst gestoppt. Der Klimawandel blieb eine zentrale, langfristige Herausforderung und verstärkte die Notwendigkeit eines effizienten und effektiven Klimaschutzes. Damit prägten sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Faktoren das Jahr 2024 und beeinflussten eine wirtschaftliche Erholung negativ.

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts sank die Wirtschaftsleistung in Deutschland im zweiten Jahr in Folge. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ging im Vergleich zum Vorjahr um 0,2 % zurück. Deutschland ist damit der einzige große EU-Mitgliedsstaat, der einen Rückgang der Wirtschaftsleistung verzeichnete. Verglichen mit dem Vor-Corona-Jahr 2019 wuchs das BIP in Deutschland 2024 lediglich um 0,3 % und ist damit im europäischen Vergleich weniger stark als in vielen anderen EU-Mitgliedsstaaten gewachsen.

Parallel dazu stieg die Zahl der Unternehmensinsolvenzen nach aktuellen Schätzungen im Jahr 2024 deutlich an. Dem Statistischem Bundesamt folgend haben die Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2024 den Durchschnittswert der Jahre vor der Corona-Pandemie überstiegen. Besonders betroffen waren die Branchen Verkehr und Lagerei, gefolgt vom Baugewerbe, den Unternehmensdienstleistungen und dem Gastgewerbe.

Die Dienstleistungsbereiche insgesamt entwickelten sich im Jahr 2024 mit einem Plus von 0,8 % zwar positiv, zeigten jedoch ein uneinheitliches Bild. Während der Einzelhandel und Verkehrsdienstleister Zuwächse verzeichneten, mussten der Kfz- und Großhandel sowie die Gastronomie Rückgänge hinnehmen. Die Bruttowertschöpfung der Unternehmensdienstleistungen stagnierte ebenfalls. Dagegen setzte der Wirtschaftsbereich Information und Kommunikation seinen Wachstumskurs mit einem Plus von 2,5 % fort. Auch die vom Staat geprägten Bereiche wie öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht sowie das

Gesundheitswesen trugen zusammen mit einem Anstieg der Bruttowertschöpfung um 1,6 % zur positiven Entwicklung bei.

Im Verarbeitenden Gewerbe hingegen nahm die Bruttowertschöpfung gegenüber dem Vorjahr um 3,0 % ab. Besonders stark betroffen waren der Maschinenbau und die Automobilindustrie, die deutlich weniger produzierten. Auch in energieintensiven Industriezweigen wie der Chemie- und Metallindustrie blieb die Produktion auf niedrigem Niveau.

Im Baugewerbe fiel der Rückgang mit 3,8 % sogar noch deutlicher aus als im Verarbeitenden Gewerbe. Hohe Baupreise und Zinsen führten dazu, dass insbesondere weniger Wohngebäude errichtet wurden. Auch das Ausbaugewerbe verzeichnete Produktionsrückgänge. Einzig der Tiefbau konnte von der Modernisierung und dem Neubau von Straßen, Bahnverkehrsstrecken und Leitungen profitieren und ein leichtes Plus erzielen.

Der deutsche Außenhandel entwickelte sich im Jahr 2024 insgesamt schwach und konnte sich trotz der positiven Entwicklung auf den deutschen Exportmärkten nicht von den Krisenjahren 2020 bis 2022 erholen. Besonders die verschlechterte preisliche Wettbewerbsfähigkeit, vor allem gegenüber China, belastete den deutschen Außenhandel. Nach vorläufigen Berechnungen sanken die Exporte im Jahr 2024 preisbereinigt um 0,2 % und die Importe preisbereinigt um 1,1 %.

Trotz eines Anstiegs der Erwerbstätigenzahl zeigte der deutsche Arbeitsmarkt 2024 zunehmend Anzeichen von Belastungen und einer nachlassenden Wachstumsdynamik, die insbesondere gegen Ende des Jahres zum Erliegen kam. Gegenüber dem Wert von 2023 verzeichnete der deutsche Arbeitsmarkt ein Wachstum von 0,2 %, was mit durchschnittlich 46,1 Millionen Erwerbstätigen abermals einen neuen Höchststand markierte. Während die Dienstleistungsbereiche ein Beschäftigungswachstum von 0,4 % verzeichneten und damit als einziger Wirtschaftsbereich zum Wachstum der Erwerbstätigen beitrug, sank die Zahl der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe (-0,6 %) und im Baugewerbe (-1,1 %).

Die privaten Konsumausgaben stiegen nach aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamts nur geringfügig um 0,2 % im Vergleich zum Vorjahr, während die Sparquote hoch blieb. Damit liegen sie weiterhin knapp unter dem Vorkrisenniveau des Jahres 2019 (-0,1 %). Ursächlich hierfür sind neben wirtschaftlicher Unsicherheit vor allem die weiterhin hohen Verbraucherpreise. Deutlich stärker als die privaten Konsumausgaben erhöhten sich im Jahr 2024 die preisbereinigten Konsumausgaben des Staates mit einem Plus von 2,6 %. Dieser Anstieg ist insbesondere auf die merklich gestiegenen sozialen Sachleistungen des Staates zurückzuführen. Zusätzliche Treiber waren die erhöhten Ausgaben für Gesundheit, öffentliche Verwaltung sowie Erziehung und Unterricht.

Im Jahr 2024 haben sich die Verbraucherpreise in Deutschland laut Prognose des Sachverständigenrats um 2,2 % gegenüber 2023 erhöht. Der Rückgang der Inflationsrate gegenüber den Vorjahren wurde vor allem durch sinkende Energiepreise begünstigt, die bereits seit mehreren Quartalen rückläufig waren. Die Nahrungsmittelpreise blieben jedoch weiterhin auf einem erhöhten Niveau. Trotz der moderateren Inflation belasteten diese Entwicklungen die privaten Haushalte spürbar, da die Kaufkraft angesichts der anhaltenden Unsicherheiten und der eingeschränkten Konsumbereitschaft nur begrenzt profitieren konnte.

Die globale Wirtschaft im Jahr 2024 ist weiterhin von den Nachwirkungen der Pandemie, aber vor allem von geopolitischen Spannungen geprägt. Die Energiekrise, ausgelöst durch anhaltende Konflikte, trifft auf eine fragile wirtschaftliche Erholung und verschärft bestehende Ungleichheiten sowie Umwelt- und Sicherheitsrisiken. Regierungen stehen vor der schwierigen Aufgabe, Inflationsdruck, steigende Staatsschulden und soziale Spannungen in Einklang zu bringen, während geopolitische Unsicherheiten den Handlungsspielraum einschränken. In der Eurozone zeigt sich dies besonders in einem wirtschaftlich herausfordernden Umfeld, das von anhaltender Inflation und gesellschaftlichen Spannungen geprägt ist.

2.2.2. Entwicklung an den Kapitalmärkten

Die Kapitalmarktentwicklung im Jahr 2023 wurde maßgeblich von den Themen Inflation, Geldpolitik, Wahlen und Geopolitik geprägt. Gegen Ende des Jahres 2023 gingen viele Marktteilnehmende, bedingt durch die bereits zurückgegangene Inflation, von mehreren Zinssenkungen durch die Zentralbanken ab dem Frühjahr 2024 aus. Allerdings überraschten höhere veröffentlichte Inflationszahlen zu Beginn des Jahres, sodass die Zinssenkungen von den Zentralbanken zunächst verschoben wurden. Dem starken Rückgang der Zinsen gegen Ende 2023 folgte somit ein gradueller Zinsanstieg, der etwa bis Mitte 2024 andauerte. Da die Inflationszahlen jedoch im Laufe des Jahres weiter zurückgingen, wurde die Zinsentwicklung ab Mitte des Jahres erneut von der Erwartung weiterer Leitzinssenkungen durch die Zentralbanken geprägt. Diese traten dann auch tatsächlich ein, da die Europäische Zentralbank (EZB) die Zinsen im Juni erstmals um 0,25 % und

die US-Notenbank (FED) im September erstmals um 0,5 % senkten. Anschließend folgten bis zum Jahresende weitere Leitzinssenkungen beider Zentralbanken. Die Entwicklungen der Inflationszahlen und die erwarteten Leitzinssenkungen führten zu einer erhöhten Volatilität am Anleihenmarkt. Trotz der erhöhten Volatilität innerhalb des Jahres rentierten zehnjährige deutsche Staatsanleihen Ende 2024 im Vergleich zum Vorjahr nur etwa 0,3 % höher. Einen deutlicheren Zinsanstieg der zehnjährigen Staatsanleihen über das Gesamtjahr von anfangs ca. 2,6 % auf knapp 3,2 % musste hingegen Frankreich verkraften. Dafür verantwortlich sind die hohe Staatsverschuldung sowie die politische Unsicherheit hervorgerufen durch vorgezogene Parlamentswahlen, die in keinen stabilen Mehrheiten resultierten und die Budgetverhandlungen über den Haushalt bis heute erschweren. Diese Gemengelage in Kombination mit einem hohen Defizit von ca. 6 % der Wirtschaftsleistung hat die Risikoaufschläge für französische Staatsanleihen teilweise stark steigen lassen. Gegenteilig wiederum verhielt es sich bei europäischen Unternehmensanleihen, die im Jahresverlauf rückläufige Risikoaufschläge verzeichneten, was durch solide Fundamentaldaten unterstützt wurde und somit insgesamt in einer positiven Kursentwicklung mündete. Der Aktienmarkt entwickelte sich besonders stark, angetrieben durch solide Unternehmensgewinne und hohe Erwartungen bezüglich Effizienzsteigerungen durch künstliche Intelligenz. Auch eine unerwartet veränderte Geldpolitik der japanischen Zentralbank, die zwischenzeitlich für Turbulenzen an den Aktien- und Anleihenmärkten sorgte, konnte den aufsteigenden Trend an den Aktienmärkten nicht nachhaltig aufhalten. Weiteren Rückenwind erhielt besonders der amerikanische Aktienmarkt durch die Wahl Donald J. Trumps zum nächsten US-Präsidenten, während die Aussicht auf eine inflationstreibende Politik und eine steigende Staatsverschuldung amerikanische Staatsanleihen negativ beeinflussten. Der Immobilienmarkt litt unter dem hohen Zinsniveau und dadurch erschwerten Finanzierungsbedingungen, was weiterhin zu einem geringen Transaktionsvolumen und anhaltenden Preiskorrekturen führte. Die erwartete Stabilisierung ist nur zum Teil eingetreten. Innerhalb des Immobilienmarkts musste vor allem der Büroimmobiliensektor weitere Preisrückgänge verkraften, während auf den Logistikkommobilienmärkten bereits wieder positive Kapitalwertentwicklungen verzeichnet werden konnten.

2.2.3. Die Entwicklung der deutschen Versicherungswirtschaft 2024

Das Versicherungsgeschäft wurde wie in den Vorjahren auch im Jahr 2024 maßgeblich von der steigenden Inflation beeinflusst. Gleichzeitig konnte ein moderates Beitragswachstum verzeichnet werden. Über alle Sparten hinweg rechnet der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV) in seiner Prognose mit einem leichten Anstieg der Beitragseinnahmen um 5,3 % auf 238,3 Mrd. EUR. Die Entwicklungen des vergangenen Jahres deuten auf eine positive Trendwende hin und werden vom GDV als „überwiegend erfreulich“ bewertet. Die „Talsole“ der vergangenen drei Jahre, bedingt durch rasante Zinsanstiege und hohe Unsicherheit, scheint überwunden.

Nach ersten Hochrechnungen des GDV verzeichnete die Schaden- und Unfallversicherung ein robustes Wachstum, das maßgeblich auf die Inflationsentwicklung der Vorjahre zurückzuführen ist (Steigerung der Kfz-Reparatur und Baukosten). Die Beitragseinnahmen stiegen in diesem Bereich um 7,8 % auf 92,1 Mrd. EUR, während die Versicherungsleistungen zeitgleich um 6,4 % auf 70,3 Mrd. EUR zunahmen. Damit sind die Schäden im Vergleich zum Vorjahr langsamer gestiegen als die Beitragseinnahmen, was zu einem moderat verbesserten versicherungstechnischen Gewinn von 1,9 Mrd. EUR führte. Dieses Ergebnis wird allerdings weiterhin durch die Kfz-Versicherung belastet. Die kombinierte Schaden- und Kostenquote (Combined Ratio) über alle Schaden- und Unfallversicherungen hinweg verbesserte sich nach Abwicklung um 0,8 Prozentpunkte auf 98 %.

In der Kraftfahrtversicherung erhöhten sich die Beitragseinnahmen um 10,9 % auf 33,9 Mrd. EUR. Gleichzeitig stiegen die Aufwendungen in diesem Versicherungszweig im Vergleich zum Vorjahr um 3,9 % auf 31,2 Mrd. EUR. Obwohl der Anstieg im vergangenen Jahr abgeschwächerter ausfiel als im Jahr zuvor (2023: 15,2 %), setzte sich der Trend steigender Aufwendungen weiterhin fort. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf die seit mehreren Jahren steigenden Reparaturkosten zurückzuführen. Dies umfasst sowohl die Kosten für Ersatzteile als auch die Arbeitskosten. Verglichen mit dem Vorjahr sind die Preise für Ersatzteile um mehr als 6 % gestiegen.

In der Sachversicherung erhöhten sich die gebuchten Bruttobeiträge um 9,3 % auf 31,9 Mrd. EUR. Zeitgleich stiegen die Aufwendungen im vergangenen Jahr deutlich um 10,0 % auf 22,8 Mrd. EUR und liegen damit weiterhin über dem Niveau von 2020 (15,4 Mrd. EUR), dem Jahr vor der Flutkatastrophe „Bernd“. Wesentlicher Treiber dieser Entwicklung sind die inflationsbedingt gestiegenen Preise für Baustoffe und Handwerksleistungen.

Für die Allgemeine Haftpflichtversicherung erwartet der GDV einen Anstieg der Beitragseinnahmen um 2,0 % auf 8,7 Mrd. EUR. Die Aufwände stiegen in diesem Versicherungszweig um 4,5 % auf 5,5 Mrd. EUR.

Die Private Unfallversicherung verzeichnete nach ersten Berechnungen ein geringes Beitragswachstum von 1,0 % auf 6,8 Mrd. EUR, bei gleichzeitig steigenden Aufwendungen (+4,0 %).

Die Rechtsschutzversicherung erreichte im Vergleich zum Vorjahr ein stärkeres Wachstum von 5,0 % und erzielte Beitragseinnahmen in Höhe von 5,3 Mrd. EUR. Im selben Zeitraum stiegen die Aufwendungen in diesem Versicherungszweig um 7,5 %, stärker als in den meisten anderen Sparten.

Die Transport- und Luftfahrtversicherung realisierte ein Beitragsplus von 2,0 % mit gebuchten Bruttobeiträgen in Höhe von 2,6 Mrd. EUR. Im gleichen Zeitraum stiegen die Aufwendungen in diesem Versicherungszweig um 7,0 % auf 1,5 Mrd. EUR.

Im Vergleich zum Vorjahr erreichte der Versicherungszweig der Kredit-, Kautions- und Vertrauensschadenversicherung ein deutlich geringeres Wachstum von 1,5 % (Vorjahr: 7 %) bei gebuchten Bruttobeiträgen in Höhe von 2,3 Mrd. EUR. Zugleich verzeichnete dieser Zweig den höchsten Anstieg der Aufwendungen in der Schaden- und Unfallversicherung mit einem deutlichen Plus von 20,0 % auf 1,2 Mrd. EUR.

2.3. Geschäftsverlauf der DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG

2.3.1. Bestandsentwicklung

Nach der Neuausrichtung der DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG im Jahr 2019 und dem Erwerb des Insurtechs dentolo durch unsere Muttergesellschaft, die Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland), wurden im Jahr 2024 die Investitionen des Aktionärs in den Ausbau des Online-Geschäfts und den Aufbau neuer Geschäftsfelder konsequent fortgesetzt. Mit dem Start der Zahnzusatzversicherung im Jahr 2019, der Tierkrankenversicherung im Jahr 2021 und einer zusätzlichen Krankenzusatzversicherungssparte im Jahr 2024 konnte das Produktportfolio gezielt um ertragreiche Geschäftsfelder ergänzt werden. Damit wurde die Grundlage geschaffen, die Abhängigkeit vom Kfz-Versicherungsmarkt weiter zu verringern. Im Folgenden werden die Zahnzusatzversicherung und die im Jahr 2024 neu eingeführten Krankenzusatzversicherungssparten als Krankenzusatzversicherung zusammengefasst.

Im Berichtsjahr 2024 konnte die DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG den Bestand über alle Sparten um 0,9 % auf 1.400.409 Verträge (Vorjahr: 1.387.843) ausbauen. Das Wachstum in den neuen Geschäftsfeldern überkompensierte dabei einen Bestandsrückgang im Kfz-Geschäft. Der Bestand in den Kfz-Versicherungen sank um 6,7 % auf 894.482 Verträge (Vorjahr: 958.920). In den übrigen Sparten konnte der Versicherungsbestand um 18,0 % auf 505.927 Verträge (Vorjahr: 428.922) ausgebaut werden. Wachstumstreiber waren hier der Ausbau in der Krankenzusatzversicherung von 113,7 Tsd. auf 150,7 Tsd. Verträge und in der Tierkrankenversicherung von 56,6 Tsd. auf 110,6 Tsd. Verträge.

2.3.2. Beitragsentwicklung

Im Jahr 2024 konnte bei höheren Durchschnittsbeiträgen im Bestand der gebuchte Bruttobeitrag auf 342,8 Mio. EUR ausgebaut werden, was einem deutlichen Anstieg von 11,0 % entspricht.

Hervorzuheben ist der erhebliche Beitragszuwachs in den Bereichen Krankenzusatz- mit 43,3 Mio. EUR (Vorjahr 30,9 Mio. EUR) und Tierkrankenversicherung mit 33,1 Mio. EUR (Vorjahr 13,2 Mio. EUR).

Von den insgesamt 342,8 Mio. EUR gebuchtem Bruttobeitrag entfielen 247,8 Mio. EUR (72,3 %) auf die Kraftfahrtversicherung und 95,0 Mio. EUR (27,7 %) auf die übrigen Sparten. Der Anteil der auf die Schadenquote bezogenen profitableren übrigen Sparten konnte somit gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigert werden (Vorjahr: 20,4 %).

2.3.3. Schadenentwicklung

Im Jahr 2024 konnte eine Reduzierung der Brutto- und Nettoschadenquote im Vergleich zum Vorjahr erzielt werden. Die Nettoschadenquote nach Abwicklung sank von 83,4 % im Vorjahr auf 81,4 % (brutto von 83,8 % im Vorjahr auf 77,3 %). Positiv wirkte der höhere Anteil des Geschäfts außerhalb von Kfz in Verbindung mit den hier niedrigeren Brutto- und Nettoschadenquoten. Zudem konnten innerhalb der Kfz-Kasko-Sparten Verbesserungen bei der Brutto- und Nettoschadenquote erreicht werden. Treiber waren hier eine gegenüber dem Vorjahr geringere Belastung aus den Elementarschäden und eine Verbesserung in der sonstigen Geschäftsjahresschadenentwicklung.

2.3.4. Kostenentwicklung

Die Nettokostenquote bezogen auf Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb sank von 42,5 % im Vorjahr auf 38,3 % – die Kostenquote lag damit weiterhin auf einem erhöhten Niveau. Neben der Beeinflussung durch Inflationseffekte wurden weiter gezielte Investitionen im Rahmen der Neuausrichtung des Unternehmens und zur Neugeschäftsgewinnung – v. a. zum Ausbau des Krankenzusatz- und Tierkrankengeschäfts – getätigt. Die Investitionen in den Ausbau der neuen Geschäftsfelder führen zu im Direktvertrieb marktüblichen Anfangsverlusten, die sich jedoch durch zukünftig erwartete Ergebnisbeiträge der neuen Sparten annahmegemäß aus Gesamtunternehmenssicht rechnen. Durch diese Investitionen soll langfristig die Ertragskraft des Unternehmens gesteigert werden.

2.3.5. Leistungskennziffern

Die wesentlichen finanziellen Leistungskennziffern für unsere Gesellschaft sind die Beitragsentwicklung, die Schadenquote und die Kostenquote.

	2024 %	2023 %
Beitragswachstum (brutto)	11,0	8,1
Schadenquote (netto)	81,4	83,4
Kostenquote (netto)	38,3	42,5
Technische Ergebnisquote (netto)	-19,7	-25,9

Neben diesen wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren gab es unverändert zum Vorjahr keine wesentlichen nicht-finanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufes und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung waren.

2.3.6. Geschäftsverlauf der Versicherungsbranche im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

In den Sparten der Kraftfahrtversicherung konnte das Unternehmen durch höhere Durchschnittsbeiträge trotz Rückgang bei den Vertragsstückzahlen insgesamt ein Beitragswachstum von 0,9 % auf 247,8 Mio. EUR verzeichnen.

In der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung sank der gebuchte Bruttobeitrag leicht um 0,1 % auf 156,0 Mio. EUR. Die Nettoschadenquote nach Abwicklung stieg von 87,9 % im Vorjahr auf 97 % im Jahr 2024; dies vor allem inflationsgetrieben. Nach einer Entnahme aus der Schwankungsrückstellung in Höhe von 10,7 Mio. EUR schloss die Sparte netto mit einem versicherungstechnischen Gewinn von 2,6 Mio. EUR ab.

Der gebuchte Bruttobeitrag in der Kraftfahrzeug-Vollversicherung stieg um 1,2 % auf 73,0 Mio. EUR. Die Nettoschadenquote nach Abwicklung sank von 119,7 % im Vorjahr auf 107,6 % im Jahr 2024. Die Sparte schloss mit einem versicherungstechnischen Verlust von 6,1 Mio. EUR ab. Es erfolgte keine Änderung der Schwankungsrückstellung.

In der Kraftfahrzeug-Teilversicherung stieg der gebuchte Bruttobeitrag um 7,6 % auf 18,8 Mio. EUR. Die Nettoschadenquote nach Abwicklung sank von 97,1 % im Vorjahr auf 88,3 %. Die Sparte schloss mit einem versicherungstechnischen Verlust von 1,7 Mio. EUR ab. Es erfolgte keine Änderung der Schwankungsrückstellung.

Der gebuchte Bruttobeitrag in der Krankenzusatzversicherung lag bei 43,3 Mio. EUR. Damit konnte ein erheblicher Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 40,1 % erreicht und die Abhängigkeit von den Kraftfahrtsparten weiter reduziert werden. Die Nettoschadenquote nach Abwicklung lag bei 55,7 % (Vorjahr: 47,4 %). In Zusammenhang mit den geplanten Investitionen in den Bestandsausbau weist die Sparte einen versicherungstechnischen Verlust von 5,7 Mio. EUR aus.

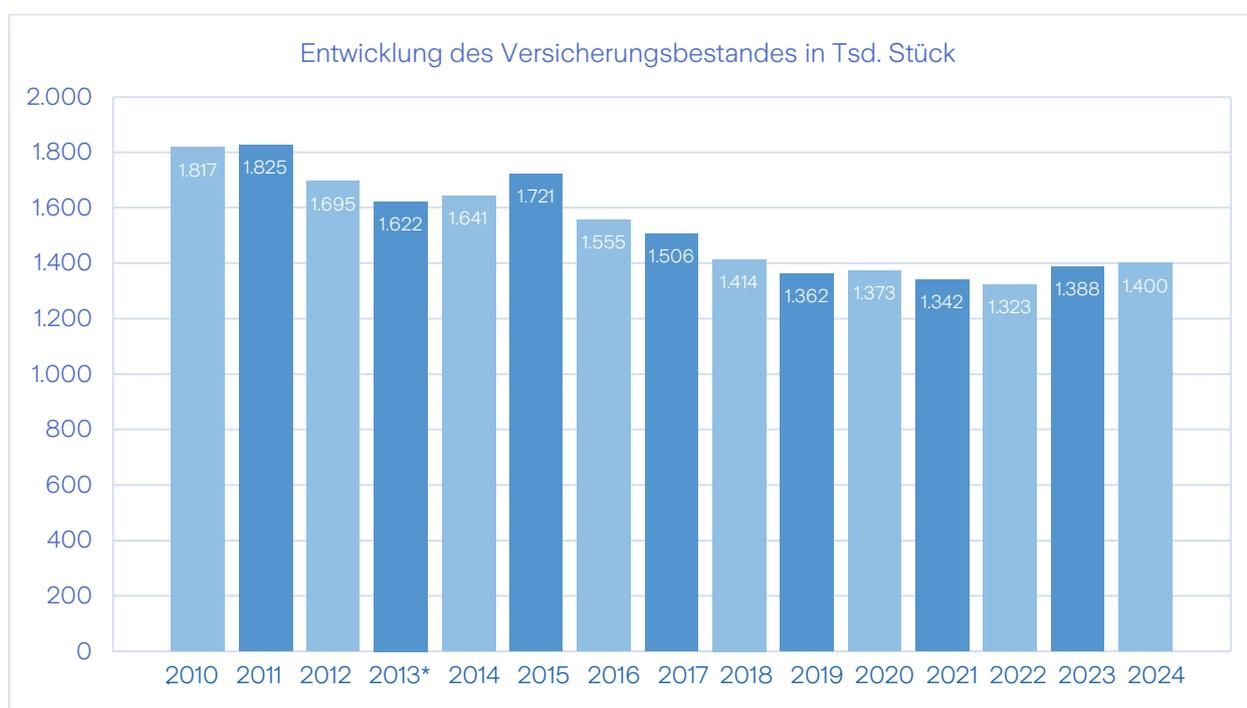
In der Sachversicherung (Hausrat, Wohngebäude, Glas, Tierkranken) stieg der gebuchte Bruttobeitrag durch den Ausbau der Tierkrankenversicherung sehr stark um 114,2 % auf 37,3 Mio. EUR; dies ebenfalls einhergehend mit dem Ziel, den Bestand außerhalb der Kraftfahrtsparten zu stärken. Die Nettoschadenquote nach Abwicklung sank von 57,6 % im Vorjahr auf 55,7 %. Insgesamt schloss der Sachversicherungszweig aufgrund der geplanten Anlaufkosten für den Bestandsaufbau Tierkrankenversicherung mit einem versicherungstechnischen Nettoverlust von 17,1 Mio. EUR.

In der Rechtsschutzversicherung sank der gebuchte Bruttobeitrag um 0,2 % auf 6,5 Mio. EUR. Die Nettoschadenquote nach Abwicklung stieg von 47,5 % im Vorjahr auf 81,6 %; dies stark getrieben durch einen geringeren Abwicklungsgewinn. Die Sparte schloss nach einer Zuführung in die Schwankungsrückstellung von 0,2 Mio. EUR netto mit einem versicherungstechnischen Verlust von 0,1 Mio. EUR.

In der Allgemeinen Haftpflichtversicherung stieg der gebuchte Bruttobeitrag um 1,0 % auf 4,2 Mio. EUR. Die Nettoschadenquote nach Abwicklung stieg von 46,2 % im Vorjahr auf 60,4 %; dies u. a. getrieben durch einen geringeren Abwicklungsgewinn. Der versicherungstechnische Ertrag betrug 1,0 Tsd. EUR.

In der Unfallversicherung sank der gebuchte Bruttobeitrag um 3,9 % auf 2,8 Mio. EUR. Die Nettoschadenquote nach Abwicklung sank von 39,2 % im Vorjahr auf 14,2 %. Der versicherungstechnische Gewinn lag bei 1,0 Mio. EUR.

In der Verkehrs-Service-Versicherung sank der gebuchte Bruttobeitrag um 13,3 % auf 1,0 Mio. EUR. Die Nettoschadenquote nach Abwicklung stieg von 135,4 % im Vorjahr auf 158,9 %. Der versicherungstechnische Verlust betrug 0,9 Mio. EUR.



Entwicklung des Versicherungsbestands in Tsd. Stück

* Durch geänderte Zählweise im Jahr 2013 um ca. 12 Tsd. AU-Verträge erhöht. Es wird seit diesem Jahr die BaFin-Spartenansicht angewendet. In der Sparte Unfall werden alle versicherten Personen gezählt.

2.3.7. Kapitalanlageergebnis

Der Kapitalanlagebestand zu Bilanzwerten stieg im Jahr 2024 von 242,1 Mio. EUR auf 266,7 Mio. EUR. Die stillen Nettolasten sanken von 21,4 Mio. EUR auf 17,3 Mio. EUR.

Die Nettokapitalanlageerträge lagen 2024 bei 3,4 Mio. EUR (Vorjahr: 3,4 Mio. EUR) und führten zu einer Nettoverzinsung von 1,33 % (Vorjahr: 1,36 %). Die realisierten Gewinne lagen 2024 bei 876 Tsd. EUR nach 30 Tsd. EUR im Vorjahr. Der Anstieg der realisierten Gewinne im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen auf eine Umschichtung der Inhaberschuldverschreibungen aufgrund einer Anpassung der Asset Allokation zurückzuführen. Im Geschäftsjahr wurde eine Abschreibung auf den Wertpapierspezialfonds durchgeführt, wohingegen im Vorjahr eine Zuschreibung auf diesen erfolgte.

2.3.8. Vermögens- und Finanzlage

Die gesamten Aktiva beliefen sich am Bilanzstichtag auf 311,2 Mio. EUR (Vorjahr: 310,7 Mio. EUR). Die Kapitalanlagen erhöhten sich von 242,1 Mio. EUR auf 266,7 Mio. EUR und stellen somit einen Anteil von 85,7 % der Aktiva (Vorjahr: 77,9 %). Die Forderungen betragen zum Stichtag 34,8 Mio. EUR (Vorjahr: 60,8 Mio. EUR) und der Anteil an der Gesamtkтива belief sich hiermit auf 11,2 % (Vorjahr: 19,6 %). Die übrigen Aktivposten erhöhten sich von 7,8 Mio. EUR im Vorjahr auf 9,7 Mio. EUR im Geschäftsjahr (Anteil an der Aktiva im Geschäftsjahr: 3,1 %, im Vorjahr: 2,5 %).

Die Höhe des Eigenkapitals bleibt aufgrund des mit der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) abgeschlossenen Gewinnabführungsvertrages unverändert bei 47,0 Mio. EUR. Die versicherungstechnischen Rückstellungen (netto) verringerten sich um 1,3 % und betragen zum Jahresende 231,4 Mio. EUR nach 234,4 Mio. EUR im Vorjahr. Die übrigen anderen Rückstellungen erhöhten sich um 19 % und betragen zum Jahresende 9,0 Mio. EUR (Vorjahr: 7,6 Mio. EUR). Der Gesamtanteil an der Passiva betrug damit im Geschäftsjahr 74,4 % (Vorjahr: 75,5 %). Die übrigen Passivposten erhöhten sich im Geschäftsjahr auf 23,8 Mio. EUR (Vorjahr: 21,7 Mio. EUR).

Die Liquidität des Unternehmens wird laufend geprüft und Planungen monatlich aktualisiert. Es bestanden während des Geschäftsjahres jederzeit ausreichend liquide Mittel.

2.3.9. Gesamtergebnis

Das versicherungstechnische Nettoergebnis vor Veränderung der Schwankungsrückstellung schloss mit einem Verlust von 38,5 Mio. EUR (Vorjahr: 44,8 Mio. EUR). Das Ergebnis beinhaltet den Ertrag aus der Veränderung der Drohverlustrückstellung in Höhe von 53 Tsd. EUR (Vorjahr: Aufwand 516 Tsd. EUR). Nach Entnahmen aus der Schwankungsrückstellung in Höhe von 10,5 Mio. EUR (Vorjahr: 11,1 Mio. EUR) ergab sich ein versicherungstechnischer Verlust von 27,9 Mio. EUR (Vorjahr: 33,7 Mio. EUR). Im Rahmen unseres Investitionsprogramms und der direkten Kostenwirkung nach HGB hat das Unternehmen bereits einen Verlust in der Ergebnisplanung des Geschäftsjahres 2024 berücksichtigt. Einhergehend mit dem beschleunigten Beitragswachstum sind die Anlaufverluste in Verbindung mit dem Vertrieb der neuen Produkte gestiegen. Zusätzlich belastend wirkten vor allem der marktweite inflationsbedingte Anstieg der Schadendurchschnitte und höhere Aufwände aus Elementarschäden in der Kraftfahrtversicherung.

Das nicht versicherungstechnische Ergebnis verzeichnete einen Verlust von 4,8 Mio. EUR (Vorjahr: 3,9 Mio. EUR). Eine wesentliche Ursache für den Anstieg der Aufwände gegenüber dem Vorjahr sind gestiegene Belastungen für Dienstleistungen aus der Zurich Gruppe. Das außerordentliche Ergebnis betrug 25,2 Mio. EUR (Vorjahr: 0,9 Mio. EUR). Es steht vor allem in Verbindung mit einem ertragswirksamen gewährten Zuschuss der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland). Mit diesem Ertragszuschuss unterstützt der Aktionär die Gesellschaft bei dem Vorhaben das Geschäft weiter auszubauen. Zudem sind im außerordentlichen Ergebnis Aufwendungen aus dem aufgelegten Restrukturierungsprojekt enthalten. In den sonstigen Steuern entstand ein Aufwand von 368 Tsd. EUR (Vorjahr: Ertrag 59 Tsd. EUR). Damit ergab sich ein Jahresergebnis vor Verlustübernahme von 7,9 Mio. EUR (Vorjahr: Verlustübernahme 38,4 Mio. EUR).

Das Jahresergebnis wird aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages von der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) übernommen.

Der Bilanzgewinn des Vorjahres in Höhe von 2,9 Mio. EUR wurde im Geschäftsjahr in die gesetzliche Gewinnrücklage überführt.

2.4. Chancen- und Risikobericht

2.4.1. Risikomanagementsystem

Im Rahmen der regulären Geschäftstätigkeit wird die DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG laufend von Chancen und Risiken begleitet. Um unter diesen Rahmenbedingungen erfolgreich agieren zu können, hat die Gesellschaft ein Risikomanagementsystem aufgebaut, das in die Organisationsstruktur und die Entscheidungsprozesse integriert ist. In diesem Zusammenhang hat die Gesellschaft aus der Geschäftsstrategie eine Risikostrategie abgeleitet, das Risikotragfähigkeitskonzept entsprechend definiert und ein Limitsystem im Sinne eines Frühwarnsystems eingerichtet. Darüber hinaus ist das Governance-System mit seinen Schlüsselfunktionen und Funktionstrennungen so aufgebaut, dass es das Risikomanagement unterstützt.

Ziel des Risikomanagements ist die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit und damit die langfristige und nachhaltige Existenzsicherung der Gesellschaft. Mit zielgerichteten Risikomanagementaktivitäten verfolgt die Gesellschaft die Optimierung ihrer Risikolage, d. h. eine Begrenzung der Risiken auf ein akzeptables Niveau unter Berücksichtigung der ihnen gegenüberstehenden Chancen. Bei den Aktivitäten berücksichtigt die Gesellschaft die aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Im Rahmen der regelmäßigen Anwendung von konsistenten Risikomanagementverfahren identifiziert und bewertet die Gesellschaft ihr Risikopotenzial und steuert bei Bedarf gegen. Überschreiten die Analyseergebnisse den definierten Toleranzbereich, werden risikomindernde Maßnahmen eingeleitet. Deren Umsetzung und Wirksamkeit werden anhand eines systematischen Controllings überwacht. Darüber hinaus wird durch entsprechende Prozesse gewährleistet, dass das Management zeitnah über neu auftretende Risiken informiert wird und erforderliche Maßnahmen eingeleitet werden.

Das Risikomanagement der DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz und ist durch Auslagerung auf die Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) in das Risikomanagement der Zurich Gruppe Deutschland (ZGD) und deren Aufbauorganisation integriert. Dem zentralen Risikomanagement, einem eigenständigen Bereich, obliegen dabei die Organisation, Verantwortlichkeitsregelung, Koordination, Überwachung und Kommunikation des Risikomanagementprozesses.

Gemäß dem Jahresplan werden u. a. in Workshops mittels verschiedener Risikoanalysemethoden die Risikoidentifikation und -bewertung vorgenommen. Die daraus resultierenden Informationen werden zentral in einem System vorgehalten, sodass umfassende sowie konsistente Risikoanalysen erstellt werden können. Darüber hinaus wird durch das implementierte Limitsystem der vom Vorstand definierte Risikoappetit operationalisiert und durch entsprechende Risikokennzahlen die Risikotragfähigkeit überwacht. Durch adäquate Maßnahmen im Unternehmen, aber auch durch die Umsetzung der Aktivitäten aus den verschiedenen Risikoanalysemethoden soll eine Risikominderung erreicht werden. Die Erkenntnisse aus dem Risikomanagementprozess werden schließlich im Risiko-Reporting dargestellt. Das zentrale Risikomanagement agiert dabei als unabhängige Risiko-Controlling-Funktion.

Das operative Risikomanagement findet in den Fachbereichen statt und ist somit in die Geschäfts- und Entscheidungsprozesse integriert. Grundsätzlich ist das operative Management für den unmittelbaren Umgang mit Risiken und insbesondere für das Eingehen von Risiken verantwortlich. Risikorelevante Themen werden regelmäßig in den Vorstandssitzungen der Gesellschaft behandelt. Darüber hinaus überprüft ein mit Vorstandsmitgliedern besetztes Gremium auf Holding-Ebene regelmäßig die Einschätzungen zur Risikosituation der Zurich Gruppe Deutschland und beschließt – erforderlichenfalls unter Abstimmung mit der Gesellschaft – Maßnahmen zur Risikoreduktion. Zusammen mit dem zentralen Risikomanagement soll dieses Gremium eine übergreifende und vernetzte Sicht auf alle zur Zurich Gruppe Deutschland gehörenden Unternehmen bewirken. Zudem werden spezielle Risikobelange beispielsweise hinsichtlich der Kapitalanlage in verschiedenen Untergremien betrachtet.

2.4.2. Risikoprofil

Resultierend aus dem Geschäftsmodell sowie der Geschäftsplanung beinhalten die Kategorien Versicherungstechnisches Risiko, Operationelles Risiko sowie Markt- und Kreditrisiko für die Gesellschaft bedeutende Risiken. Von geringerer Bedeutung sind momentan die Risiken der Kategorien Strategisches Risiko, Konzentrationsrisiko, Liquiditätsrisiko und Reputationsrisiko. Nachhaltigkeitsrisiken werden nicht als separate Risikokategorie betrachtet, sondern können in den genannten Risikokategorien entstehen.

2.4.3. Chancen und Risiken aus dem Versicherungsgeschäft

Die DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG bietet ihren Kunden ein umfassendes Angebot von Versicherungsleistungen sowohl über den reinen Direkt-Online-Vertriebsweg als auch über ihr Beraternetzwerk an. Mit diesem Geschäftsmodell wird angestrebt, den Entwicklungen des Marktes, dem sich ständig verändernden Versicherungsbedarf, technischen Weiterentwicklungen sowie rechtlichen Veränderungen gerecht zu werden. In der über mehrere Zugangswege kundenzentrierten Organisation sieht die Gesellschaft die Voraussetzungen erfüllt, den Markt- und Kundenbedürfnissen nachzukommen. Mit dieser strategischen Ausrichtung sieht sich die Gesellschaft am Versicherungsmarkt hervorragend aufgestellt, an den Chancen, die sich aus dem wachsenden digitalen Direktmarkt für Versicherungen ergeben, zu partizipieren.

Die dynamische Entwicklung technologischer Trends in Vertrags-, Schaden- und Kalkulationsthemen (Digitalisierung) beobachtet die Gesellschaft mit besonderem Interesse; Ziel dabei ist, die sich hier bietenden neuen Technologien dort einzusetzen, wo es dem Kunden- und Unternehmensinteresse maximal dient. So wird

beispielsweise das Kundenportal stetig weiter ausgebaut und den Kunden werden zusätzliche Online-Services angeboten. Neben einer Verbesserung der Kosteneffizienz ergibt sich daraus auch die Chance, die Kundenzufriedenheit und Kundenbindung zu erhöhen.

Im Schadenfall profitiert die Gesellschaft von der Einbindung in das Verbundnetz der Muttergesellschaft Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland).

In der Erneuerung bzw. Weiterentwicklung der mit der Zurich Gruppe Deutschland gemeinsam genutzten Angebots-, Verwaltungs- und Leistungssysteme werden Chancen erkannt. Die Gesellschaft erwartet dadurch eine deutlich höhere Produktivität, die genutzt werden soll, um das im Direktgeschäft so entscheidend wichtige Preis-Leistungs-Verhältnis für die Kunden weiter zu verbessern.

Darüber hinaus werden für das Geschäft relevante Trends und Weiterentwicklungen, beispielsweise im Fahrzeugmarkt, aus denen sich sowohl Chancen als auch Risiken für die Gesellschaft ergeben können, beobachtet. In diesem Zusammenhang sei das autonome Fahren zu nennen. Aktuell wird damit gerechnet, dass das autonome Fahren in näherer Zukunft hauptsächlich von kommerziellen Anbietern statt von unserer Zielgruppe, den Privatpersonen, genutzt wird. Jedoch ergeben sich Chancen aus einem vermehrten Einsatz von Fahrerassistenz-Technologien, die dem Anstieg der Schadenssummen entgegenwirken können.

Mit dem Einstieg in die Zahnzusatzversicherung im Jahr 2019, in die Tierkrankenversicherung 2021 und die Krankenzusatzversicherung 2024 wurde die Produktpalette der Gesellschaft erweitert. Aus den Sparten wird perspektivisch ein positiver Ergebnisbeitrag erwartet. Zudem sieht die Gesellschaft durch die Produktdiversifikation die Chance, die Abhängigkeit vom Kfz-Versicherungsmarkt und dem hier vorherrschenden Preiswettbewerb zu verringern.

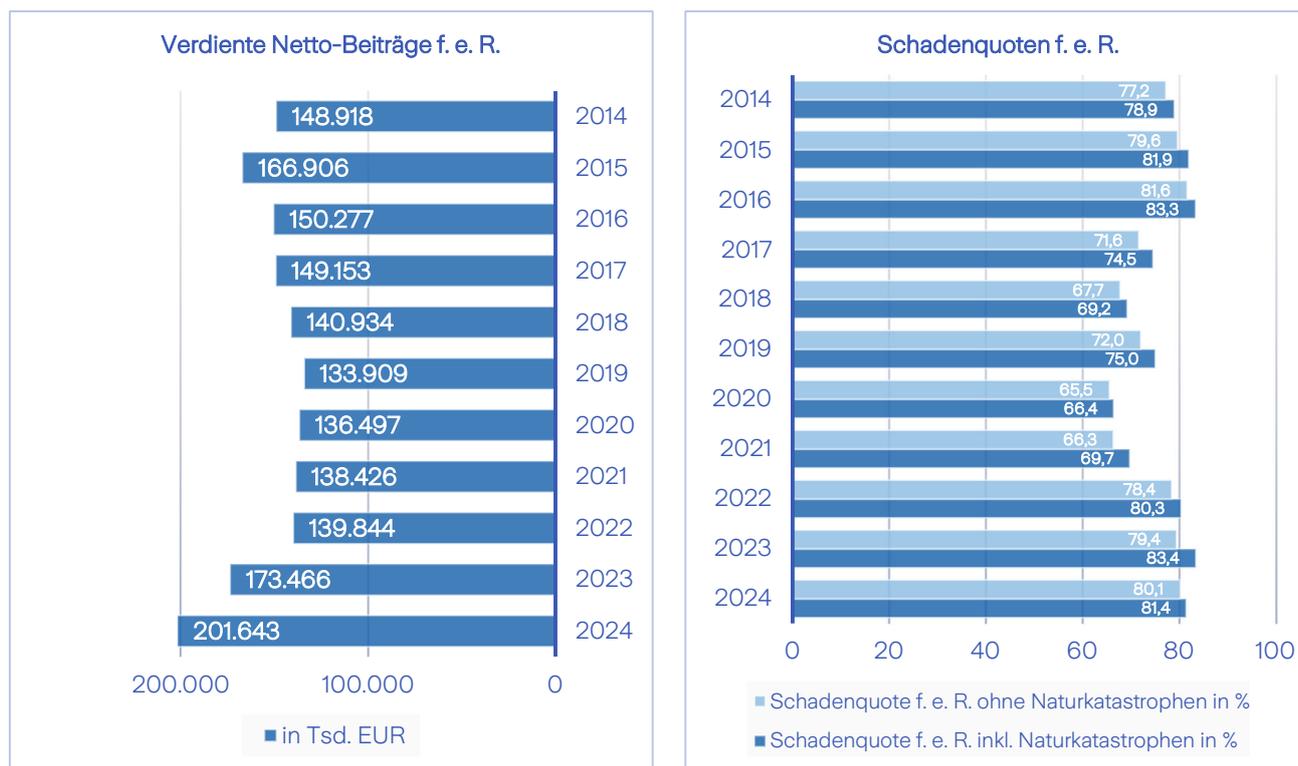
Versicherungstechnische Risiken bestehen darin, dass die tatsächlichen Entschädigungsleistungen für die vertraglich übernommenen Risiken die hierfür prognostizierten Schadenzahlungen übersteigen. Auslöser dafür können Änderungs-, Zufalls- und Irrtumsrisiken sein. So kann es zu einer für uns nachteiligen Abweichung vom Erwartungswert für Schadenzahlungen kommen, wenn sich das Schadensgeschehen, die Rahmenbedingungen wie ein Anstieg der Inflationsraten oder die Verhaltensweisen der Versicherten im Zeitablauf ändern. Ebenfalls kann ein zufallsbedingtes Ansteigen der Schadenleistungen oder aber irrtümlich der Kalkulation zugrunde gelegte Annahmen diese Risiken eintreten lassen. Dabei besteht auch das Risiko, dass Inflationseffekte einen erhöhten Reserveaufwand im Personenschadenbereich nach sich ziehen können, der durch die Annahmen nicht oder nur teilweise abgedeckt ist; besonders zu nennen ist hier die medizinische Inflation

Die Gesellschaft begegnet diesen Risiken u. a. dadurch, dass über eine Vielzahl von Maßnahmen eine angemessene Risikodiversifikation angestrebt wird. Hierunter fallen insbesondere die Vorgabe detaillierter Zeichnungsrichtlinien, die risikoadäquate Prämienkalkulation sowie die ausreichende Bemessung der Schaden- und Rentenreserven.

Zur Bestimmung der Risiken aus Naturkatastrophen und Großrisiken einschließlich Kumulrisiken werden verschiedenste Modellieretechniken und Szenarioberechnungen genutzt. Durch die regionale Streuung des Geschäfts in Deutschland werden keine besonderen Kumulrisiken erwartet.

Das mögliche Schadenpotenzial der Bestände reduziert die Gesellschaft mit Rückversicherungsverträgen, die an dem zur Verfügung stehenden Risikokapital ausgerichtet sind. Im Rahmen von regelmäßig stattfindenden Virtuos-Circle-Treffen beurteilen die Bereiche Underwriting, Schaden, Finanzen, Pricing, Reserving und Risikomanagement gemeinsam die tatsächlichen und zukünftig zu erwartenden Schadenaufwendungen. In regelmäßigen Bestandsanalysen und einem intensiven Schaden-Controlling sieht die Gesellschaft die Voraussetzung, etwaige ungünstige Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und rechtzeitig gegensteuernde Maßnahmen einzuleiten. Diese können z. B. Anpassungen der Versicherungsbedingungen, Prämien oder die Vereinbarung von Selbstbehalten beinhalten.

Die Nettoschadenquoten (Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung im Verhältnis zu den verdienten Beiträgen für eigene Rechnung) haben sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:



In der folgenden Übersicht sind unsere Abwicklungsergebnisse für eigene Rechnung in Prozent der Eingangsschadenrückstellungen inkl. Renten dargestellt:

2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024
1,5 %	1,0 %	-1,0 %	5,6 %	9,2 %	7,7 %	5,8 %	7,0 %	5,7 %	6,7 %	6,8 %

Die Schadenrückstellung bezieht sich hierbei auf bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle inkl. Schadenregulierungsaufwänden. Die Gesellschaft erachtet die zum Bilanzstichtag gestellten Reserven als ausreichend.

2.4.4. Chancen und Risiken aus der Kapitalanlage

Ausgangspunkt für die Ausarbeitung der Kapitalanlagestrategie ist die umfassende Analyse der versicherungstechnischen Verpflichtungen der Gesellschaft. Darauf aufbauend wird im Rahmen der Risikomodelle die Risikotragfähigkeit ermittelt und die dazu passende Anlagestrategie unter Berücksichtigung weiterer Szenarioanalysen abgeleitet. Hierbei erfolgt unter Einbeziehung des globalen Kapitalmarkt-Know-hows der Zurich Insurance Group, eine sorgfältige und umfassende Analyse des volkswirtschaftlichen Umfeldes, der Fundamentaldaten und technischen Lage der Kapitalmärkte sowie der damit verbundenen Risiken. Ziel ist es, überdurchschnittliche risikoadjustierte Renditen bei gleichzeitig möglichst stabilen Ergebnissen im Zeitablauf zu erhalten.

Ein weiteres zentrales Kriterium bei Investitionsentscheidungen ist die Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialfaktoren sowie einer guten Unternehmensführung. Beispielsweise werden keine Investitionen in Unternehmen getätigt, die verbotene Waffen wie Streubomben und Landminen herstellen, lagern, vertreiben oder verkaufen. Auch Unternehmen, die mehr als 30 % ihres Umsatzes durch die Förderung von Kohle, Ölsanden und Ölschiefer erzielen, mehr als 20 Millionen Tonnen Kohle pro Jahr fördern oder mehr als 30 % ihres Stroms aus Kohle erzeugen, werden bei Investitionsentscheidungen ausgeschlossen. Des Weiteren sind Neuinvestitionen in Unternehmen, die mehr als 5 % ihres Umsatzes aus dem Bereich Waffen (Herstellung oder Verkauf von Handwaffen und Munition; Herstellung oder Bereitstellung von Dienstleistungen in der Verteidigungsindustrie) oder aus der Produktion und dem Verkauf von Tabakprodukten erzielen, ausgeschlossen.

Die Risiken aus der Kapitalanlage lassen sich im Wesentlichen in Marktpreis-, Bonitäts- und Liquiditätsrisiken unterteilen.

2.4.4.1. Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko ist das Risiko einer negativen Preisänderung einer Kapitalanlage aufgrund von Entwicklungen der zugrunde liegenden Marktrisikofaktoren. Grundsätzlich wird zwischen Zinsänderungs-, Aktienkurs-, Immobilien- und Wechselkursrisiken unterschieden, wobei für die Gesellschaft nur die Zinsänderungsrisiken relevant sind. Weder Aktien noch Immobilien sind im Anlageportfolio enthalten; bestehende Fremdwährungsbestände innerhalb der zinssensitiven Anlagen sind vollständig währungsgesichert.

Das Zinsänderungsrisiko wird durch die Festlegung von Anlagerichtlinien, einem Limitsystem, einer risikoaversen Mischung und Streuung der Anlagen sowie durch Asset-Liability-Analysen kontinuierlich überwacht und gesteuert. Zudem wird im Rahmen des Kapitalanlagemanagements die Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorschriften sichergestellt. Auswirkungen auf den Marktwert der Kapitalanlagen werden regelmäßig anhand von Szenarioanalysen sowie Stresstests modelliert.

Die Simulation des Zinsänderungsrisikos der Kapitalanlagen anhand einer Erhöhung bzw. Absenkung der Zinskurve um jeweils absolut +/-1 ergibt bei einer durchschnittlichen Zinssensitivität von 6,0 %, gemessen anhand der modifizierten Duration, eine Reduktion bzw. einen Anstieg des Marktwertes der zinssensitiven Anlagen um +/-14,8 Mio. EUR.

2.4.4.2. Bonitätsrisiko

Das Bonitätsrisiko ist das Risiko einer Bonitätsverschlechterung oder eines Ausfalls eines Wertpapiers (Emission) bzw. eines Schuldners (Emittenten). Die interne Betrachtung des Bonitätsrisikos bzw. der Kreditqualität beruht auf Marktratings anerkannter Ratingagenturen. Sofern mehrere und unterschiedliche Ratings vorliegen, wird das schlechtere bei zwei Ratings bzw. das mittlere bei drei Ratings verwendet.

Die Steuerung und Begrenzung des Bonitätsrisikos erfolgt über vorgegebene Anlagerichtlinien, strenge Auswahlkriterien sowie Anlagehöchstgrenzen unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Anforderungen.

Das Durchschnittsrating der bewerteten Titel im Anleiheportfolio beträgt AA- und setzt sich auf Basis der Marktwerte wie folgt zusammen:

Rating	Anteil in %
AAA	41,5
AA+, AA, AA-	26,7
A+, A, A-	12,5
BBB+, BBB, BBB-	19,2

Der Anteil von Staats- und Länderanleihen im Anleiheportfolio beträgt dabei ca. 38 %, gefolgt von Pfandbriefen mit 28 % und Unternehmensanleihen mit 30 %.

2.4.4.3. Liquiditätsrisiko

Unter Liquiditätsrisiko wird das Risiko verstanden, den Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt ihrer Fälligkeit mangels ausreichend vorhandener liquider Mittel nicht gerecht werden zu können.

Über die im Anlageprozess integrierte Liquiditätsplanung wird sichergestellt, dass das Anlageportfolio möglichst passgenau in Bezug auf die prognostizierten Leistungsauszahlungen abgestimmt ist. Zudem wird die Liquiditätsplanung kontinuierlich an die aktuelle Geschäftsentwicklung angepasst. Um auch unerwartete Liquiditätserfordernisse bedienen zu können, berücksichtigt das Kapitalanlagemanagement insgesamt die Marktgängigkeit der Kapitalanlagen.

Diese wird zudem regelmäßig im Rahmen eines Liquiditätstests gegen definierte Risikoereignisse in unserem Versicherungsbestand geprüft. Die Ergebnisse attestieren der Gesellschaft eine ausreichende Liquidität.

2.4.4.4. Chancen aus Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagestrategie der DA bietet eine Vielzahl von Chancen, die zur langfristigen Stabilität und zum Erfolg des Unternehmens beitragen können:

Stabile Renditen: Durch die sorgfältig ausgewählte und diversifizierte Kapitalanlagestrategie können stabile und nachhaltige Renditen erzielt werden. Dies unterstützt die finanzielle Stabilität und ermöglicht die Erfüllung langfristiger Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern.

Risikominimierung: Die Kapitalanlagestrategie der DA, die auf Diversifikation und die Berücksichtigung von Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien (ESG) setzt, reduziert das Gesamtrisiko des Anlageportfolios. Dies hilft, Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken zu minimieren und die finanzielle Gesundheit der DA zu sichern. Die Ausbalancierung des Risikos unter Solvency II führt zu einem disziplinierten Anlageprozess und stärkt die Widerstandsfähigkeit des Unternehmens insbesondere bei volatilen Märkten.

Nachhaltigkeit und ESG-Kriterien: Die Integration von ESG-Kriterien in die Anlagestrategie trägt nicht nur zur Risikominderung bei, sondern führt auch zu einer positiven gesellschaftlichen Wirkung. Investitionen in nachhaltige und verantwortungsbewusste Unternehmen bieten langfristig stabile Renditen und tragen zur Erreichung globaler Nachhaltigkeitsziele bei.

Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit: Durch die Erzielung überdurchschnittlicher risiko-adjustierter Renditen kann die Wettbewerbsfähigkeit erhöht und die DA als attraktive Anbieterin auf dem Markt positioniert werden. Dies kann zu einem Wachstum des Kundenstamms und einer stärkeren Marktposition führen.

2.4.5. Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Unter Forderungsausfallrisiken im Versicherungsgeschäft wird das Risiko verstanden, dass eine ausstehende Forderung gegenüber einem Versicherungsnehmer, Versicherungsvermittler oder Rückversicherer nicht vereinnahmt werden kann.

Diesen Risiken begegnet die Gesellschaft u. a. mit der systematischen Überwachung ihrer Forderungsbestände sowie der rechtzeitigen Einleitung von Maßnahmen zur Wahrung der Ansprüche bei überfälligen Forderungen.

Die Forderungen an Versicherungsnehmer und Versicherungsvermittler mit einer Fälligkeit älter als 90 Tage beliefen sich zum Bilanzstichtag auf rund 1,2 Mio. EUR (Vorjahr: 512 Tsd. EUR). Dies entspricht einer Außenstandsquote von 0,35 % (Vorjahr: 0,17 %) des Jahresumsatzes. Im Durchschnitt der vergangenen drei Jahre ergibt sich ein pauschaler Wertberichtigungsbedarf auf Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern in Höhe von 113 Tsd. EUR (Vorjahr: 78 Tsd. EUR). Die durchschnittliche Ausfallquote der vergangenen drei Jahre beträgt 0,8 % (Vorjahr: 0,7 %).

Der Forderungsbetrag gegenüber Rückversicherern beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 0,9 Mio. EUR (Vorjahr: 0,9 Mio. EUR). Bei der Auswahl der Rückversicherer, mit denen die Gesellschaft zusammenarbeitet, wird streng auf deren Bonität geachtet und deren Finanzsituation ständig im Blick behalten. Die Rückversicherung wird derzeit nahezu ausschließlich innerhalb der Zurich Insurance Group platziert.

2.4.6. Operationelle Risiken

Operationelle Risiken bezeichnen Risiken, die aus unzulänglichen internen Prozessen, menschlichem Handeln, Systemen oder externen Ereignissen entstehen. Dazu gehören auch Rechtsrisiken.

Die Risiken können zum einen originär in der DA Direkt anfallen und zum anderen, da die Geschäftsprozesse im Wesentlichen ausgelagert sind, indirekt über die verschiedenen für sie tätigen Dienstleister einwirken. Die DA Direkt arbeitet vor allem mit Zurich internen Dienstleistern zusammen, die ihrerseits in Teilen unmittelbar oder mittelbar mit externen Dienstleistern zusammenarbeiten. Die sich mit diesen Auslagerungen ergebenden operationellen Risiken werden durch ein systematisches und konsequentes Management der Auslagerungen inkl. Überwachung und erforderlichenfalls frühzeitiger Eskalation gesteuert.

Operationelle Risiken ergeben sich aus der unternehmerischen Tätigkeit und sind typischerweise nicht vollständig vermeidbar. Das Risikomanagement ist darauf ausgerichtet, das operationelle Risiko auf ein akzeptables Maß zu reduzieren. Das operationelle Risiko wird nach Solvency II quantifiziert, trägt jedoch aufgrund niedriger finanzieller Schadenauswirkungen nur geringfügig zur Solvabilitätskapitalanforderung bei und wird daher vorwiegend qualitativ betrachtet. Im Rahmen der qualitativen Betrachtung wird das operationelle Risiko als wesentlich für die Gesellschaft eingestuft.

Hierbei sieht sich die Gesellschaft gegenüber Informationssicherheits- und Cyberrisiken dauerhaft exponiert. Die zunehmenden rechtlichen sowie aufsichtsrechtlichen Anforderungen bergen außerdem das Risiko, dass diese nicht rechtzeitig oder hinreichend bzw. nur mit erhöhtem finanziellem Aufwand umgesetzt werden können.

Die Gesellschaft begegnet den operationellen Risiken mit einem adaptierten Rahmenwerk, das eng vernetzte Instrumente und Aktivitäten umfasst und auch für interne Dienstleister gilt. Vom zentralen Risikomanagement gesteuerte systematische Verfahren identifizieren, bewerten und steuern regelmäßig die operationellen Risiken.

Als eine zentrale Schutzvorrichtung dient das interne Kontrollsystem, das auf die Reduktion von Risiken in wesentlichen Geschäfts- und Finanzprozessen durch die Implementierung geeigneter Kontrollen und Maßnahmen abzielt. Die Angemessenheit und Wirksamkeit der wesentlichen Kontrollen werden quartalsweise für die wesentlichen Prozesse durch die jeweiligen Fachbereiche überprüft. Zusätzlich wird das interne Kontrollsystem regelmäßig durch eine externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft.

Im Hinblick auf die Nutzung von IT ist die Gesellschaft operationellen Risiken ausgesetzt. Dies betrifft Regelungen zur IT-Governance zunächst durch die VAIT auf nationaler Ebene (2020–2025) und ab 2025 durch die DORA, aber auch konkrete Sicherheitsrisiken. Risiken zur Einhaltung von VAIT und DORA sind in Abschnitt 2.4.7. unter „Sonstige Risiken“ als strategische Risiken aufgeführt.

Das Informationssicherheits-Managementsystem (ISMS) ist das zentrale Instrument zur Erhaltung und Verbesserung der Informationssicherheit und Steuerung von Informationsrisiken. Das ISMS dient vor allem der Abwehr von Cyberangriffen sowie der Reduzierung von IKT-Ausfällen und dem Verlust oder Diebstahl von Daten. Dedizierte Vorkehrungen wie redundante Systeme und umfangreiche Datensicherungsverfahren sollen die Wiederherstellung kritischer Infrastruktur im Katastrophenfall sicherstellen. Antivirenprogramme, Firewalls, Verschlüsselungstechniken und Berechtigungssysteme schützen vertrauliche Daten. Regelmäßige Tests neuer und bestehender Anwendungen reduzieren die Fehlerhäufigkeit, und besonders schützenswerte Systeme müssen gegen DDoS-Angriffe abgesichert werden. Die kontinuierliche Überwachung und Auswertung von Fehlersituationen führen zu Verbesserungsmaßnahmen zur Fehlerminimierung.

Das Business Continuity Management der Gesellschaft entwickelt Notfallpläne zur Wiederherstellung kritischer Geschäftsprozesse im Katastrophenfall und minimiert das Risiko längerer Betriebsunterbrechungen.

Risiken im Zusammenhang mit der Erbringung externer Dienstleistungen werden systematisch identifiziert und überwacht. Zudem werden Maßnahmen und Kontrollen implementiert, um identifizierte Risiken zu mitigieren.

Weiterhin werden im Rahmen des Risikomanagements operationelle Schadenereignisse systematisch erfasst und mit entsprechenden Maßnahmen versehen.

Im Bereich der operationellen Risiken wurden bisher keine isolierten Nachhaltigkeitsrisiken identifiziert. Allerdings können Risiken bezüglich der Einhaltung gesetzlicher oder regulatorischer Vorgaben (z. B. Datenschutz- und IT-Sicherheitsanforderungen) auch negative Auswirkungen auf die festgelegten ESG-Ziele haben.

Zusätzlich nutzt die Gesellschaft selbst Versicherungslösungen, um bestimmte operationelle Risiken zu reduzieren.

2.4.6.1. Rechtsrisiken

Das Rechtsrisiko umfasst die potenziellen Verluste aus der unzureichenden Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage, insbesondere aufgrund belastender gerichtlicher oder behördlicher Entscheidungen sowie nachteiliger Gesetzesänderungen. Darüber hinaus umfasst das Rechtsrisiko Verluste aus einer unklaren Rechtslage sowie aus nachteiligen vertraglichen Regelungen. Die Gesellschaft versucht, Risiken aus externen Ereignissen, zu denen sie auch Risiken aus neuen gesetzlichen Regelungen oder für sie ungünstigen Auslegungen durch Gerichte zählt, durch ständige Beobachtung des Branchenumfelds frühzeitig zu erkennen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

2.4.7. Sonstige Risiken

Hierunter werden insbesondere Konzentrationsrisiken, strategische Risiken und Reputationsrisiken verstanden. Das Konzentrationsrisiko bezeichnet das Risiko, das sich dadurch ergibt, dass die Gesellschaft einzelne Großrisiken oder stark korrelierte Risiken eingeht. Strategische Risiken sind Risiken, die sich vor allem aus strategischen Geschäftsentscheidungen ergeben bzw. einen strategischen Bezug haben, wie

beispielsweise das Risiko, dass Geschäftsentscheidungen nicht schnell genug einem sich verändernden Wirtschaftsumfeld angepasst werden könnten. Reputationsrisiken entstehen wiederum aus einer möglichen Beschädigung des Rufes des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit (z. B. bei Kunden, Geschäftspartnern, Aktionären, Behörden).

Diesen Risiken begegnet die Gesellschaft, indem sie die makroökonomische Wirtschaftslage intensiv beobachtet, analysiert und mittels verschiedener Szenarien prognostiziert und in die Gesamtplanung einfließen lässt. Die Gesellschaft ist der Auffassung, dass sie mit der konsequenten Fortsetzung operativer Verbesserungen, der kontinuierlichen Ausrichtung des Geschäftsmodells an den Marktentwicklungen, strikter Finanzdisziplin, einem ausgewogenen Produktangebot sowie einem intensiven Monitoring und Controlling der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen gerüstet ist, ihre Position als kundenorientierter Versicherer mit ansprechendem Preis-Leistungs-Verhältnis aufrechtzuerhalten.

Auf folgendes sonstiges Einzelrisiken wird hingewiesen:

Die Gesellschaft muss alle geltenden IT-relevanten regulatorischen Vorgaben, insbesondere die Versicherungsaufsichtlichen Anforderungen an die IT (VAIT) bis einschließlich zum 16.01.2025, einhalten. Regelmäßige interne und externe Prüfungen bewerten den Stand der Compliance und identifizieren Nachholbedarfe. Von besonderem Interesse sind die Bereiche Informationsrisikomanagement (IRM), für den alle Nachholbedarfe geschlossen werden konnten, sowie Berechtigungsmanagement (Identity Access Management bzw. IAM), für das ein dediziertes Projekt aufgesetzt wurde. Mit der Umsetzung der regulatorischen Anforderungen, insbesondere auch des ab dem 17.01.2025 einzuhaltenden Digital Operational Resilience Act (DORA), begegnet die Gesellschaft den Risiken aus der Digitalisierung und Automatisierung, aber auch der Ausgliederung von Prozessen. Mit umfangreichen Anpassungen der Aufbau- und Ablauforganisation wird diesen Anforderungen Rechnung getragen. Zur vollumfassenden Umsetzung der DORA-Regulierung wurde ein Projekt aufgesetzt, welches sich zum Zeitpunkt der Berichtserstellung noch in der Umsetzung befindet.

2.4.8. Zusammenfassende Darstellung der Chancen- und Risikolage

Die DA Direkt sieht sich mit ihrer strategischen Ausrichtung am Versicherungsmarkt hervorragend aufgestellt, um an den Chancen, die sich aus dem wachsenden digitalen Direktmarkt für Versicherungen ergeben, adäquat zu partizipieren. Hierzu trägt auch eine Kapitalanlagestrategie bei, die auf Diversifikation und die Berücksichtigung von Umwelt-, Sozial- und Governance-Kriterien (ESG) setzt.

Die Gesellschaft verfügt über ein Risikomanagementsystem, das es ermöglicht, bestehende und zukünftige Risiken zu identifizieren, zu bewerten und zu steuern. Durch die stetige Weiterentwicklung und Anpassung aller wesentlichen Prozesse und Systeme sieht sie sich außerdem auf sich ändernde interne und externe Rahmenbedingungen sowie deren Auswirkungen auf die Risikolage gut vorbereitet.

Zusammenfassend sieht die Gesellschaft unter Berücksichtigung der ergriffenen Maßnahmen derzeit keine Entwicklungen, welche die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage bestandsgefährdend beeinträchtigen könnten.

Dennoch sind die getroffenen Aussagen und Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung unter dem Vorbehalt zu sehen, dass neben den hier aufgeführten Risiken bisher nicht prognostizierte schwerwiegende Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der Wettbewerbssituation auf den internationalen Finanzmärkten einen erheblichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit und -ergebnisse haben können. Nicht prognostizierte Veränderungen können insbesondere aus geopolitischen Entwicklungen oder aus Gesetzesänderungen resultieren.

Die Berechnung der Solvenzkapitalanforderung der Gesellschaft erfolgt auf Basis der Solvency-II-Standardformel, wobei die Gesellschaft die aufsichtsrechtliche Solvabilitätsanforderung erfüllt. Der jährlich veröffentlichte Bericht über Solvabilität und Finanzlage (SFCR) unserer Gesellschaft informiert entsprechend den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorgaben über die Kapitalisierung und Risikolage gemäß Solvency II.

2.5. Prognosebericht

2.5.1. Deutschland – Ausblick 2025

Nach dem aktuellen Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung befindet sich die deutsche Volkswirtschaft weiterhin in einer Stagnation. Für 2025 wird ein moderates Wirtschaftswachstum mit einer Steigerung des BIPs von 0,4 % prognostiziert. Die Wachstumsimpulse für die deutsche Wirtschaft dürften vor allem von steigendem Realeinkommen und einer schrittweisen Erholung des privaten Konsums ausgehen. Dies wird zusätzlich durch eine expandierende Weltwirtschaft und eine damit verbundene stärkere Auslandsnachfrage unterstützt. Gleichzeitig dürften verzögerte positive Wachstumsimpulse der geldpolitischen Lockerung der EZB eintreten, während die Fiskalpolitik durch den Abbau struktureller Defizite das Wachstum leicht dämpfen könnte.

Im Jahr 2025 wird laut Prognose des Sachverständigenrats die Verbraucherpreisinflation weiter sinken und voraussichtlich 2,1 % betragen. Trotz dieser Annäherung an das 2,0%-Ziel bleibt die Inflationsentwicklung insbesondere durch hohe Energie- und Lebensmittelpreise sowie Unsicherheiten im globalen Handel geprägt. Gleichzeitig wird erwartet, dass steigende Arbeitseinkommen sowie staatliche Entlastungsmaßnahmen die privaten Konsumausgaben stützen. Aufgrund der anhaltend schwachen wirtschaftlichen Entwicklung dürfte im Jahr 2025 der Anstieg der Effektivlöhne mit einem prognostizierten Wert von 3,5 % geringer ausfallen. Aufgrund der voraussichtlich niedrigen Inflation ergeben sich aus den Nominallohnzuwächsen dennoch kräftige Reallohnzuwächse.

Die Prognose für den deutschen Arbeitsmarkt zeigt eine zunehmende Belastung durch die wirtschaftliche Schwäche. Laut dem Sachverständigenrat wird die Arbeitslosenquote geringfügig um 0,1 Prozentpunkte steigen. Gleichzeitig dürfte das Beschäftigungswachstum im Jahr 2025 zum Erliegen kommen. Belastend wirken dabei weiterhin die schwache Industrieproduktion und der globale Wettbewerbsdruck.

Im Jahr 2025 bleibt der Klimawandel die zentrale, langfristige Herausforderung, die alle Bereiche der Gesellschaft betrifft. Gleichzeitig stellen geopolitische Konflikte eine zunehmende Bedrohung dar, die die globale Stabilität und die Bemühungen um nachhaltige Entwicklung erschwert. Angesichts der zunehmenden Komplexität dieser Risiken ist es entscheidend, dass die Bekämpfung des Klimawandels und die Lösung geopolitischer Spannungen mit einer integrativen und nachhaltigen Strategie angegangen werden.

2.5.2. Kapitalmärkte – Ausblick 2025

Robuste Wachstums- und Inflationszahlen in den USA haben die Fed veranlasst, eine restriktivere Haltung einzunehmen und ein geringeres Tempo der geldpolitischen Lockerung anzukündigen. Dies führte bereits gegen Ende 2024 zu einem Anstieg der globalen Anleiherenditen, was die Finanzmärkte und die Wachstumsaussichten belastet. Wir erwarten jedoch, dass die Inflationsnormalisierung in den meisten Regionen weiterhin auf Kurs bleibt. In den USA wird dies allerdings länger dauern, insbesondere wenn die neue Regierung unter Präsident Trump die während des Wahlkampfs angekündigten Zölle sowie die Abschiebung von illegal eingewanderten Migranten umsetzt, da beides inflationstreibend wirkt. Angesichts weiterhin hoher Inflationsraten und eines unsicheren politischen Ausblicks in den USA erwarten wir, dass die Anleihemärkte in den kommenden Quartalen volatil bleiben werden. Insgesamt gehen wir von einem leichten Rückgang der Renditen globaler Staatsanleihen aus, wenngleich diese insbesondere in den USA immer noch auf einem hohen Niveau verbleiben sollten. Trotz bereits hoher Bewertungen blicken wir insgesamt optimistisch auf die Aktienmärkte, insbesondere auf den amerikanischen. Solide Unternehmensgewinne, ein starker privater Konsum sowie die Aussicht auf eine unterstützende Fiskalpolitik in Form von weiterhin geringen Steuern auf Unternehmensgewinne begünstigen den amerikanischen Aktienmarkt. Die Bewertungen gerade im Technologiesektor sind allerdings ziemlich ausgereizt und haben ein großes Gewicht eingenommen, sodass wir speziell in diesem Sektor auch höhere Volatilität und Bewertungskorrekturen erwarten. Beim europäischen Aktienmarkt gibt es wiederum geringere regionale Unterstützung durch den privaten Konsum sowie die Bedrohung einer restriktiveren Handelspolitik durch die USA in Form von erhöhten Zöllen, weswegen wir etwas weniger optimistisch auf den europäischen Aktienmarkt blicken. Unternehmensanleihen bieten absolut betrachtet attraktive Renditen, weshalb die Nachfrage von Investoren bisher hoch geblieben ist. Die hohen Renditen sind jedoch hauptsächlich auf das allgemein hohe Zinsumfeld zurückzuführen und weniger auf die Risikoaufschläge. Die Risikoaufschläge für Unternehmensanleihen in den USA und Europa befinden sich sogar nahe ihren historischen Tiefständen, sodass wir nur wenig Spielraum für einen weiteren Rückgang der Risikoaufschläge sehen. Daher sind wir der Meinung, dass Unternehmensanleihen Investoren nicht angemessen für das eingegangene Risiko entschädigen, und halten Investitionen in Unternehmensanleihen

relativ gesehen für eher unattraktiv. Im Immobilienmarkt erwarten wir eine Fortsetzung der Stabilisierung, wobei die Entwicklung weiterhin von der Inflationsentwicklung sowie vom entsprechenden Zinsniveau und dem Finanzierungsumfeld abhängen wird. Innerhalb der Immobiliensektoren blicken wir immer noch vorsichtiger auf Büroimmobilien in weniger guten Lagen, die weiterhin unter einer geringen Mieternachfrage bedingt durch den Home-Office-Trend leiden.

2.5.3. Deutsche Versicherungswirtschaft – Ausblick 2025

Der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) blickt mit Zuversicht auf das Jahr 2025 und prognostiziert für die Branche ein stabiles Wachstum. Angesichts des Rückgangs der Inflation von ihren Höchstständen und der allmählichen Stabilisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, erwartet der GDV ein spartenübergreifendes Beitragswachstum von 5,0 %, was insgesamt einen Anstieg auf 250 Mrd. EUR bedeutet. In den verschiedenen Versicherungssparten werden unterschiedliche Wachstumsdynamiken erwartet: Während die Schaden- und Unfallversicherung von einer stabilen Entwicklung und einem besonders starken Wachstum in der Kfz-Versicherung profitiert, rechnet die Private Krankenversicherung mit einem deutlichen Anstieg aufgrund steigender Pflegekosten. Auch die Lebensversicherung zeigt positive Aussichten, getragen durch die aktuelle Zinsentwicklung und das wachsende Interesse an langfristigen Anlageprodukten.

Im Segment der Schaden- und Unfallversicherung wird für 2025 ein deutliches Wachstum prognostiziert mit einem Anstieg der Beitragseinnahmen um 7,5 % auf 99 Mrd. EUR. Die Nachholeffekte der Inflation lassen nach, doch insbesondere in der Kfz-Versicherung wird mit einem erneut zweistelligen Beitragswachstum gerechnet, welches das Gesamtwachstum maßgeblich beeinflussen dürfte. Der GDV weist jedoch darauf hin, dass eine Rückkehr in die versicherungstechnische Gewinnzone voraussichtlich nur durch erneut deutlich steigende Beitragseinnahmen möglich ist.

In der Wohngebäudeversicherung werden sich laut Einschätzung des GDV die stabilisierten Baupreise in geringeren Beitragsanpassungen widerspiegeln. Die sinkende Inflation dürfte in der Hausratversicherung zu einer moderaten Summenanpassung von 1 bis 2 % führen, wobei der GDV dennoch ein Wachstum des Beitragsvolumens erwartet. In der Haftpflichtversicherung dürften steigende Nominallöhne sowie Umsätze für Beitragszuwächse sorgen, während in der Unfallversicherung die Anhebung des Höchstrechnungszinses stabilisierend wirken könnte.

Für die Rechtsschutzversicherung prognostiziert der GDV ein solides Wachstum der Beitragseinnahmen von 3 bis 5 %. Für 2025 wird in der Transport- und Luftfahrtversicherung ein Beitragswachstum von 4 bis 6 % erwartet, getrieben durch eine robuste Weltkonjunktur und steigendes Handelsvolumen. In der Kredit-, Kautions- und Vertrauensschadenversicherung dürften konjunkturelle Impulse sowie Investitionen in Nachhaltigkeit zu einem Beitragszuwachs von 2 bis 4 % führen. Insgesamt sprechen die verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine positive Entwicklung der Schaden- und Unfallversicherung im Jahr 2025.

In der Privaten Krankenversicherung (PKV) rechnet der GDV mit einem deutlichen Wachstum der Beitragseinnahmen, welches insbesondere durch steigende Versicherungsleistungen und inflationsbedingte Kostensteigerungen getrieben werden dürfte. Die Beitragseinnahmen werden voraussichtlich um 7,5 % auf 56 Mrd. EUR steigen, wobei höhere Pflegekosten und die zunehmende Zahl pflegebedürftiger Menschen eine Rolle spielen. Laut dem GDV entstehen zusätzliche Kosten durch die Pflegereform und Nachholeffekte bei Pflegeleistungen, während ein verbessertes Kapitalanlageergebnis die Beitragssteigerungen teilweise abfedern könnte. Der Trend zu privaten Zusatzversicherungen sowie betrieblichen Kranken- und Pflegezusatzversicherungen dürfte sich weiter verstärken, da Arbeitgeber diese zunehmend als Instrument zur Fachkräftebindung nutzen.

2.5.4. DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG – Ausblick

Das kommende Jahr wird – wie bereits die vergangenen – durch gezielte Investitionsaufwendungen geprägt sein. Das Beitragswachstum in den neuen Geschäftsfeldern Krankenzusatz- und Tierkrankenversicherung soll konsequent vorangetrieben werden. Die Investitionen in den Ausbau neuer Geschäftsfelder führen zu im Direktvertrieb marktüblichen Anfangsverlusten, die sich jedoch durch zukünftig erwartete Ergebnisbeiträge aus Gesamtunternehmenssicht annahmegemäß rechnen. Langfristig soll die Ertragskraft des Unternehmens gesteigert werden.

Zusätzlich zu den Investitionen in die neuen Geschäftsfelder sind für das kommende Jahr auch das Ergebnis belastende vertriebliche Aufwendungen in Bezug auf die Sicherung der Marktanteile im Kraftfahrtgeschäft geplant.

Der Fokus der Gesellschaft wird dabei insgesamt weiterhin klar auf das Online-Geschäft gerichtet sein, das durch telefonische Beratung unterstützt wird. Mit weiteren Investitionen und den damit verbundenen Aufwendungen in den Online-Bereich beabsichtigt der Aktionär, die digitalen Fähigkeiten weiter auszubauen und für die digitale Transformation der Zurich Gruppe Deutschland zu nutzen.

Inflationsbedingt wird auch künftig mit erhöhten Schadendurchschnitten mit entsprechender Auswirkung auf die Nettoschadenquote gerechnet. Umfangreiche Maßnahmen wurden eingeleitet und auch bereits umgesetzt, um dem entgegenzuwirken. Im Jahr 2024 wurden bereits ein deutlicher Anstieg der Durchschnittsprämien und eine Senkung der Schadenquoten im Kfz-Bereich erzielt. Mittel- und langfristig soll durch die Profitabilisierung in den Kfz-Sparten sowie die bereits eingeführte Produktdiversifikation und einen damit einhergehenden geänderten Spartenmix eine weitere Senkung der Nettoschadenquote erreicht werden.

Aufgrund der Anpassung der Asset-Allokation im Geschäftsjahr (Umschichtung der Inhaberschuldverschreibungen) wird im kommenden Jahr mit leicht steigenden laufenden Erträgen aus Kapitalanlagen gerechnet.

Zusammengefasst wird für das kommende Jahr ein weiteres deutliches Beitragswachstum geplant. Für das Jahresergebnis wird erneut ein Verlust prognostiziert. Dies vor allem geprägt durch mit den Wachstumsinitiativen in Verbindung stehenden geplanten Investitionsaufwänden/damit einhergehenden höheren Nettokostenquoten. Langfristig sollen gestützt durch das Beitragswachstum Erträge erzielt werden.

Die tatsächlichen Entwicklungen und Ergebnisse können von den vorgenannten Planungen abweichen. Die Risiken liegen u. a. in außergewöhnlichen Schadenereignissen, einer erhöhten Inflation, einer negativen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und möglichen Verwerfungen an den Kapitalmärkten.

Die Prognosen sind von der erhöhten Unsicherheit, resultierend aus der weiteren Entwicklung des Krieges in der Ukraine, geprägt. Durch diesen Krieg werden die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen fragil und die Volatilität an den Finanzmärkten hoch bleiben. Die DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG zeichnet kein Versicherungsgeschäft in der Ukraine oder in Russland und hält auch keine Kapitalanlagen in diesen Ländern. Entsprechend ergeben sich für die Gesellschaft derzeit keine direkten Risiken im Zusammenhang mit ihrem Versicherungsgeschäft oder ihrer Kapitalanlage. Sekundäreffekte am globalen Kapitalmarkt oder auf die volkswirtschaftliche Entwicklung würden aber auch die DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG, wie alle anderen Marktteilnehmer, betreffen.

Ebenfalls wird der Fortgang des Nahostkonfliktes erwartungsgemäß für zusätzliche Unsicherheit auf den globalen Märkten sorgen. Die DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG hat keine direkten Investitionen oder Versicherungsrisiken in den betroffenen Regionen. Analog zum Krieg in der Ukraine sind jedoch ebenfalls indirekte Auswirkungen auf das Geschäft der DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG zu erwarten.

2.6. Dank an die Mitarbeiter

Das Jahr 2024 war für unsere Gesellschaft äußerst ereignisreich und besonders herausfordernd. Durch die Fachkompetenz und den unermüdlichen Einsatz aller Mitarbeiter, die für unsere Gesellschaft tätig sind, konnten wir uns in einem sehr anspruchsvollen Umfeld erfolgreich behaupten. Zudem machen wir weiterhin große Fortschritte bei der Erreichung unserer strategischen Ziele. Dank des Engagements unserer Mitarbeiter und ihrer konstruktiven Teamarbeit konnten wir gemeinsame die Grundlage für eine erfolgreiche Zukunft schaffen.

Gleichermaßen gilt unser Dank den Interessenvertretungen des Hauses für die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit.

Frankfurt am Main, den 25. März 2025

Der Vorstand

Stockhorst

Billing

Reuter

Schmidt-Schön

3. Betriebene Versicherungszweige und -arten

Krankenversicherung

sonstige selbständige Einzel-Teilversicherung

- selbständige Zahnbehandlungsversicherung nach Art der Schadenversicherung
- sonstige Teilversicherung nach Art der Schadenversicherung

Unfallversicherung

Allgemeine Unfallversicherung

- Einzel-Unfallversicherung ohne Beitragsrückgewähr

Haftpflichtversicherung

Allgemeine Haftpflichtversicherung

- Privathaftpflichtversicherung (einschließlich Hundehalter-Haftpflichtversicherung)
- Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung

Kraftfahrzeugversicherung

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung

Fahrzeugvollversicherung

Fahrzeugteilversicherung

Kraftfahrtunfallversicherung

Sachversicherung

Verbundene Hausratversicherung

Verbundene Wohngebäudeversicherung

Glasversicherung

Tierversicherung

Rechtsschutzversicherung

Rechtsschutzversicherung nach ARB

Beistandsleistungsversicherung

Schutzbriefversicherung

4. Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024

4.1. Bilanz zum 31.12.2024

Aktiva

	EUR	EUR	EUR	2024 EUR	2023 EUR
A. Kapitalanlagen					
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
Beteiligungen			112.219		112.219
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		44.801.140			44.158.279
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		165.168.284			136.983.604
3. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	35.833.282				35.820.295
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	20.446.684				24.710.010
		56.279.966			60.530.305
4. Einlagen bei Kreditinstituten		339.929			317.375
			266.589.319		241.989.563
				266.701.538	242.101.782
B. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer		14.909.556			10.078.361
2. Versicherungsvermittler		1.664.155			2.218.887
			16.573.711		12.297.248
davon an verbundene Unternehmen: 1.663.333 EUR (Vj.: 2.217.778 EUR)					
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			4.534.795		8.446.808
davon an verbundene Unternehmen: 4.503.905 EUR (Vj.: 8.445.004 EUR)					
III. Sonstige Forderungen			13.738.138		40.089.247
davon an verbundene Unternehmen: 6.972.011 EUR (Vj.: 34.024.679 EUR)				34.846.644	60.833.303

Aktiva

	EUR	2024 EUR	2023 EUR
C. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	5.678.006		4.126.883
II. Andere Vermögensgegenstände	34.005		178.593
		5.712.011	4.305.476
D. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	2.918.911		2.157.955
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	1.015.824		1.265.388
		3.934.735	3.423.343
Summe der Aktiva		311.194.928	310.663.904

Passiva

	EUR	EUR	2024 EUR	2023 EUR
A. Eigenkapital				
I. Eingefordertes Kapital				
Gezeichnetes Kapital	53.041.931			53.041.931
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	21.374.941			21.374.941
		31.666.990		31.666.990
II. Kapitalrücklage		11.919.931		11.919.931
III. Gewinnrücklagen				
1. Gesetzliche Rücklage	3.134.270			284.278
2. Andere Gewinnrücklagen	287.152			287.152
		3.421.422		571.430
IV. Bilanzgewinn		–		2.849.992
davon Gewinnvortrag: – EUR (Vj.: – EUR)				
			47.008.343	47.008.343
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	50.033.432			48.292.372
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	19.363.258			24.146.186
		30.670.174		24.146.186
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	346.161.052			347.599.016
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	169.875.842			172.699.881
		176.285.210		174.899.135
III. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		23.642.722		34.163.639
IV. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
Bruttobetrag		832.232		1.197.215
			231.430.338	234.406.175
C. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		4.631.002		4.695.111
II. Sonstige Rückstellungen		4.408.281		2.897.485
			9.039.283	7.592.596

Passiva

	EUR	EUR	2024 EUR	2023 EUR
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	11.473.242			9.899.771
2. Versicherungsvermittlern	8.316			24.621
		11.481.558		9.924.392
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: – EUR (Vj.: – EUR)				
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		65		25.473
davon an verbundene Unternehmen: – EUR (Vj.: 8.706 EUR)				
III. Sonstige Verbindlichkeiten	12.235.341			11.706.925
			23.716.964	21.656.790
davon aus Steuern: 3.532.932 EUR (Vj.: 3.137.724 EUR) im Rahmen der sozialen Sicherheit: – EUR (Vj.: – EUR) gegenüber verbundenen Unternehmen: 6.019.284 EUR (Vj.: 6.200.244 EUR)				
Summe der Passiva			311.194.928	310.663.904

Versicherungsmathematische Bestätigung:

Rentenleistungen aus Unfallversicherungen

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter Posten B. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 341f und § 341g HGB sowie unter Beachtung der aufgrund des § 88 Abs. 3 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist.

Rentenleistungen aus Haftpflichtversicherungen

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter Posten B. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 341f und § 341g HGB sowie unter Beachtung der aufgrund des § 88 Abs. 3 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist.

Köln, den 21. März 2025

Dr. Jens Wagener
Verantwortlicher Aktuar

4.2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

	EUR	EUR	2024 EUR	2023 EUR
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	342.762.947			308.707.220
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	134.595.983			133.708.828
		208.166.964		174.998.392
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-1.741.060			-3.064.373
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	-4.782.928			1.532.187
		-6.523.988		-1.532.186
			201.642.976	173.466.206
2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung			449.613	594.430
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			474.588	505.232
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	265.017.848			250.612.553
bb) Anteil der Rückversicherer	102.274.520			114.193.547
		162.743.328		136.419.006
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-1.437.963			5.540.659
bb) Anteil der Rückversicherer	-2.824.039			-2.742.941
		1.386.076		8.283.600
			164.129.404	144.702.606
5. Veränderungen der sonstigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			-364.983	878.985
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		111.957.696		99.554.488
b) davon ab:				
erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		34.798.015		25.874.159
			77.159.681	73.680.329
7. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			116.133	116.147
8. Zwischensumme			-38.473.058	-44.812.199
9. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			10.520.917	11.144.732
10. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			-27.952.141	-33.667.467

Fortsetzung	EUR	EUR	2024 EUR	2023 EUR
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	4.468.469			3.787.705
davon aus verbundenen Unternehmen: 613.508 EUR (Vj.: 562.363 EUR)				
b) Erträge aus Zuschreibungen	–			309.515
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	875.518			30.165
		5.343.987		4.127.385
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	570.464			523.305
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	791.672			–
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	595.802			257.071
		1.957.938		780.376
		3.386.049		3.347.009
3. Technischer Zinsertrag		449.613		594.430
			2.936.436	2.752.579
4. Sonstige Erträge		869.153		872.373
5. Sonstige Aufwendungen		8.603.654		7.518.229
			-7.734.501	-6.645.856
6. Nichtversicherungstechnisches Ergebnis			-4.798.065	-3.893.277
7. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			-32.750.205	-37.560.744
8. Außerordentliche Erträge	27.375.000			–
9. Außerordentliche Aufwendungen	2.185.632			913.941
10. Außerordentliches Ergebnis			25.189.368	-913.941
11. Sonstige Steuern			-368.144	58.678
12. Erträge aus Verlustübernahme			7.928.981	38.416.007
13. Jahresüberschuss			–	–
14. Entnahmen aus der Kapitalrücklage			–	2.849.992
15. Bilanzgewinn			–	2.849.992

4.3. Anhang

4.3.1. Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

Die Angaben im Geschäftsbericht erfolgen generell auf volle Euro. Rundungsdifferenzen werden billigend in Kauf genommen.

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des HGB, VAG, AktG und den für Versicherungsunternehmen geltenden Sondervorschriften aufgestellt.

Die Beteiligungen wurden gemäß § 341b Abs. 1 i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 Satz 5 HGB nach den Vorschriften für das Anlagevermögen mit den Anschaffungskosten bilanziert. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung wird auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 HGB wird beachtet.

Für Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie für Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere erfolgte die Bewertung gemäß § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 Satz 5 HGB nach den Vorschriften für das Anlagevermögen mit den fortgeführten Anschaffungskosten. Agien bei festverzinslichen Schuldtiteln wurden linear über die Restlaufzeit amortisiert. Bei den Inhaberschuldverschreibungen ohne Endfälligkeit wurde das Agio über die Zinsbindungsfrist amortisiert. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung wird auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben. Zur Feststellung, ob eine voraussichtlich dauernde Wertminderung vorlag, wandten wir systematische Methoden gemäß IDW RS VFA 2 an. Indizien für eine voraussichtlich dauernde Wertminderung waren u.a. der Umfang und die Dauer der Wertminderung sowie eine zum Stichtag vorliegende stille Last auf Investmentanteile. Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 HGB wird beachtet.

Für Anteile an Spezialfonds richtete sich die Beurteilung der voraussichtlichen Dauerhaftigkeit einer Wertminderung bei einer zum Stichtag vorliegenden stillen Last auf dem Investmentanteil nach den im Spezialfonds gehaltenen Vermögensgegenständen und Schulden (Durchschau). Dabei wurde für den Investmentanteil als beizulegender Wert der Substanzwert ermittelt, indem Schuldtitel bei entsprechender Bonität des Emittenten mit den fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt wurden, ansonsten mit dem Zeitwert. Derivate wurden mit ihrem Zeitwert angesetzt. Sicherungseffekte aus Derivaten wurden berücksichtigt. Der beizulegende Wert eines Fondsanteilscheins ergab sich aus der Summe der im Rahmen der Durchschau ermittelten beizulegenden Werte seiner Vermögensgegenstände und Schulden, geteilt durch die Anzahl der Anteile.

Lag nach den Bestandsanalysen eine voraussichtlich dauernde Wertminderung für einen Spezialfondsanteil vor, wurde auf den höheren Wert aus aktuellem Rücknahmepreis der Fondsanteile und dem in der Durchschau ermittelten beizulegenden Wert abgeschrieben. Sofern in Folgeperioden der im Rahmen der Bestandsanalysen ermittelte beizulegende Wert über dem Buchwert liegt, werden die Fondsanteile auf den in der Durchschau ermittelten beizulegenden Wert, höchstens jedoch auf die Anschaffungskosten zugeschrieben.

Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung wird bei Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere der Abschreibungsbetrag im Rahmen einer Einzelfallprüfung festgelegt. Die DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG hat bei der Beurteilung des Vorliegens einer voraussichtlich dauernden Wertminderung in Bezug auf Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere Bonitätsprüfungen der Emittenten sowie die Entwicklungen von Ratings herangezogen. Die stillen Lasten stellten nach § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB keine voraussichtlich dauernde Wertminderung dar. Daher waren Abschreibungen nicht erforderlich. Die Gesellschaft rechnete aufgrund der Bonität der Emittenten nicht mit Zahlungsausfällen.

Namenschuldverschreibungen wurden gemäß § 341c Abs. 1 HGB mit dem Nennbetrag abzüglich Tilgungen bewertet. Agiobeträge wurden aktiv abgegrenzt und linear auf die Laufzeit verteilt. Für die unter dem Posten Namenschuldverschreibungen ausgewiesene Nullkuponanleihe erfolgte die Bewertung gemäß § 341b Abs. 2 zweiter Halbsatz HGB i. V. m. § 253 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 Satz 5 HGB nach den Vorschriften für das Anlagevermögen mit den fortgeführten Anschaffungskosten. Das Disagio wurde über die Restlaufzeit anhand der Effektivzinsmethode amortisiert. Das Verfahren zur Ermittlung einer voraussichtlich dauernden Wertminderung entsprach demjenigen von Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden gemäß § 341c Abs. 3 HGB mit den Anschaffungskosten zuzüglich/abzüglich der kumulierten Amortisation eines Unterschiedsbetrags zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt. Das Verfahren zur Ermittlung einer voraussichtlich dauernden Wertminderung entsprach demjenigen von Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

Die Bewertung der Einlagen bei Kreditinstituten erfolgte zum Nominalwert.

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer und Versicherungsvermittler wurden zum Nominalbetrag abzüglich Pauschalwertberichtigung angesetzt. Die Pauschalwertberichtigung wurde unter Berücksichtigung der Altersstruktur auf der Grundlage von Erfahrungswerten ermittelt.

Das Sachanlagevermögen (Betriebs- und Geschäftsausstattung) wurde zu den Anschaffungskosten, vermindert um die zulässigen Absetzungen für Abnutzung, bilanziert. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Betrag von 1.000 EUR werden direkt im Aufwand erfasst.

Die Beitragsüberträge im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wurden unter Beachtung der steuerlichen und aufsichtsrechtlichen Vorschriften pro Vertrag nach dem 1/360-System ermittelt. Die Anteile des Rückversicherers an den Beitragsüberträgen werden seit dem Berichtsjahr von den ungekürzten Bruttobeitragsüberträgen (Vj. nach Kürzung) ermittelt und dann um die entsprechenden Rückversicherungsprovisionen gekürzt. Die von den Beitragsüberträgen abzusetzenden nicht-übertragungsfähigen Beitragsteile errechnen sich in Anlehnung an die Grundsätze des koordinierten Ländererlasses des Finanzministeriums Niedersachsen vom 20. Mai 1974.

Im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft ist die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle für jeden bis zum Abschlussstichtag eingetretenen, aber noch nicht abgewickelten Versicherungsfall einzeln ermittelt worden; zweifelsfrei zu erwartende Rückflüsse aus Regressen, Provenues und Teilungsabkommen wurden abgesetzt. Die zusätzlich gestellte Spätschadenrückstellung wurde auf der Grundlage von Erfahrungswerten gebildet. Ergänzend wurden in der Rechtsschutzversicherung zusätzliche Rückstellungen für Verpflichtungen durch das Kostenrechtsänderungsgesetz 2021 gebildet. Die Rückstellung für externe Schadenregulierung wurde im Wege der Einzelbewertung ermittelt. Die Rückstellung für interne Schadenregulierung ist in Anlehnung an den koordinierten Ländererlass des Finanzministeriums Nordrhein-Westfalen vom 22. Februar 1973 errechnet worden.

Die Renten-Deckungsrückstellung wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde der Aufbau der Zinszusatzreserve als Teil der Renten-Deckungsrückstellung unter Übergang auf die vom Gesetzgeber vorgesehene sogenannte Korridormethode fortgesetzt. Der dabei zugrunde gelegte Referenzzins gemäß § 5 Abs. 4 DeckRV betrug 1,57 %, sodass die mit einem Rechnungszins von 1,75 %, 2,25 %, 2,75 % und 3,25 % bewerteten Rentenfälle in die Berechnungen einzubeziehen waren.

Die Anteile der Rückversicherer an der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurden vertragsgemäß angesetzt.

Die Bildung der Schwankungsrückstellung erfolgte entsprechend § 341h Abs. 1 HGB i. V. m. § 29 RechVersV der dazugehörigen Anlage.

Zur Ermittlung der unter der Position „Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen“ ausgewiesenen Rückstellungen wurden, in Anlehnung an § 31 Abs. 1 und 2 RechVersV, folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewendet:

Die Stornorückstellung wurde auf Grundlage der in der Vergangenheit beobachteten stornierten Beiträge errechnet. Die Berechnung der Drohverlustrückstellung erfolgte anhand einer Prognose des versicherungstechnischen Ergebnisses auf Basis des Bestands zum 31.12.2024 und unter Berücksichtigung von Kapitalanlageerträgen.

Die übrigen hier ausgewiesenen Rückstellungen wurden nach dem voraussichtlichen Bedarf bilanziert.

In der Bilanzposition Pensionsrückstellungen sind nach § 246 Abs. 2 Satz 2 und 3 HGB die Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen dienen, mit diesen Altersvorsorgeverpflichtungen verrechnet auszuweisen. Die darin enthaltenen gemischten ZDV-Fonds wurden nach § 253 Abs. 1 Satz 1 HGB mit den Anschaffungskosten aktiviert. Die ZDV-Fonds, die ausschließlich zur

Erfüllung der Pensionsverpflichtungen im Rahmen eines Contractual Trust Arrangements dienen, wurden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB i. V. m. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB nachfolgend mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Dabei handelte es sich um den Marktwert der Fondsanteile. Der unter der Bilanzposition Pensionsrückstellungen ausgewiesene Aktivwert zu den Rückdeckungsversicherungen wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt.

Bei Rückstellungen, deren Höhe sich ausschließlich nach dem beizulegenden Zeitwert eines Rückdeckungsversicherungsanspruchs bestimmt, ergibt sich der Wertansatz gemäß § 253 Abs. 1 Satz 3 HGB aus dem Maximum von Mindestleistung und Aktivwert der Rückdeckungsversicherung.

Für die Beendigung der Dienstverhältnisse ohne Versorgungsfall wird eine unternehmensspezifische Fluktuationswahrscheinlichkeit angesetzt, die sich nach dem Alter und der im jeweiligen Alter abgeleisteten Dienstzeit richtet.

Für die Ermittlung der Pensionsverpflichtung wird gemäß § 253 Abs. 2 HGB grundsätzlich der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte Zinssatz für eine Restlaufzeit von 15 Jahren der Bewertung zugrunde gelegt. In diesem Jahr wurde für die Bewertung ein prognostizierter Jahresendzins von 1,90 % verwendet, der dem zum 31.12.2024 von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Zinssatz exakt entspricht.

Die Rückstellung für Pensionsverpflichtungen wurde nach der Projected Unit Credit Method (projizierte Einmalbeträge) unter Verwendung der Richttafeln 2018 G von Heubeck berechnet. Folgende versicherungsmathematischen Parameter wurden verwendet:

Rechnungszins:	1,90 %
Gehaltssteigerung:	3,40 %
Inflationsrate:	2,10 %

Durch die Bewertungsmethode nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wurde das Wahlrecht der Verteilung der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen auf 15 Jahre ausgeübt.

Der Wertansatz der übrigen Rückstellungen orientierte sich am Bedarf und wurde mit dem notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt. Vorstehend nicht einzeln aufgeführte Aktiva und Passiva wurden mit dem Nominalwert bzw. Erfüllungsbetrag angesetzt.

Alle Bestände in fremden Währungen außerhalb des Euroraums wurden grundsätzlich mit dem Devisenkassamittelkurs zum 31.12.2024 angesetzt. Erträge und Aufwendungen sind zum Tageskurs in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung erfasst.

Die Zurich Gruppe Deutschland bildet eine Mindeststeuergruppe gemäß § 3 Abs. 1 MinStG, mit der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) als Gruppenträgerin. Die DA ist Teil dieser Mindeststeuergruppe. Die Gruppenträgerin schuldet die Mindeststeuer und ist verpflichtet, die entsprechende Steuererklärung in Deutschland einzureichen. Auf Grundlage der bisherigen Datenanalysen geht die Zurich Gruppe Deutschland nicht davon aus, dass auf Ebene der in Deutschland ansässigen Geschäftseinheiten eine Mindeststeuer anfällt.

4.3.2. Angaben zur Bilanz

Entwicklung der Kapitalanlagen vom 01.01.2024 bis 31.12.2024

Aktivposten	Bilanzwerte 31.12.2023 EUR	Zugänge EUR
A.I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Beteiligungen	112.219	-
2. Summe A.I.	112.219	-
A.II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	44.158.279	1.434.532
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	136.983.604	86.828.663
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	35.820.295	12.987
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	24.710.010	2.665
4. Einlagen bei Kreditinstituten	317.375	22.553
5. Summe A.II.	241.989.563	88.301.401
Zwischensumme A.I. bis A.II.	242.101.782	88.301.401
Insgesamt	242.101.782	88.301.401

Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte 31.12.2024
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
-	-	-	-	112.219
-	-	-	-	112.219
-	-	-	791.672	44.801.140
-	58.643.983	-	-	165.168.284
-	-	-	-	35.833.282
-	4.265.991	-	-	20.446.684
-	-	-	-	339.929
-	62.909.974	-	791.672	266.589.318
-	62.909.974	-	791.672	266.701.538
-	62.909.974	-	791.672	266.701.538

Zeitwert der Kapitalanlagen	Bilanzwerte	Zeitwerte	Bilanzwerte	Zeitwerte
	31.12.2024	31.12.2024	31.12.2023	31.12.2023
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR
Beteiligungen	112	112	112	112
Investmentanteile	44.801	40.970	44.158	37.974
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	165.168	157.631	136.984	127.838
Namensschuldverschreibungen	35.833	33.328	35.820	33.270
Schuldscheinforderungen und Darlehen	20.447	17.018	24.710	21.242
Einlagen bei Kreditinstituten	340	340	317	317
Summe	266.702	249.399	242.102	220.754
Unterschiedsbetrag zum Bilanzwert		-17.303		-21.348

Bei Beteiligungen und Einlagen bei Kreditinstituten wurde als Zeitwert der Buchwert herangezogen.

Für die Zeitwerte der Investmentanteile wurden Rücknahmepreise angesetzt.

Für Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden die Zeitwerte anhand der Börsenkurse am Stichtag ermittelt.

Die Zeitwertermittlung für Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen erfolgte auf Grundlage unterschiedlicher Zinsstrukturkurven unter Berücksichtigung der Restlaufzeit und der Bonität nach einem finanzmathematischen Bewertungsverfahren.

Der Zeitwert der zu fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesenen Kapitalanlagen entsprechend § 54 und § 56 RechVersV betrug 221,8 Mio. EUR (Vorjahr: 193,2 Mio. EUR).

Der Zeitwert der zum Nennwert ausgewiesenen Namensschuldverschreibungen entsprechend § 54 und § 56 RechVersV betrug 27,2 Mio. EUR (Vorjahr: 27,2 Mio. EUR).

Die Buchwerte der Investmentanteile sowie der Inhaberschuldverschreibungen, die wie Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB zweiter Halbsatz bilanziert wurden, betragen 210,0 Mio. EUR (Vorjahr: 181,1 Mio. EUR).

Für die zu den Kapitalanlagen gehörenden Finanzinstrumente, für welche die Abschreibung gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB unterblieben ist, betrug der Buchwert 194,6 Mio. EUR (Vorjahr: 198,2 Mio. EUR); der Zeitwert betrug 175,2 Mio. EUR (Vorjahr: 174,5 Mio. EUR). Die Abschreibung ist unterblieben, da die Wertminderungen nicht als dauernd eingeschätzt wurden. Wir erachten die Wertminderung als zinsinduziert und nicht bonitätsinduziert.

Dadurch waren im laufenden Geschäftsjahr Abschreibungen in Höhe von 19,4 Mio. EUR (Vorjahr: 23,7 Mio. EUR) nicht erforderlich.

Investmentvermögen	Buchwert	Marktwert	Δ	Tägliche Rückgabe möglich	Ausschüttung	Unterlassene Abschreibungen
	(BW)	(MW)	(MW-BW)			
	31.12.2024	31.12.2024			2024	
	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR		Tsd. EUR	Tsd. EUR
Mischfonds	44.801	40.970	-3.832	ja	885	-3.832

Bezüglich der unterlassenen Abschreibung verweisen wir auf die Ausführungen auf Seite 32 und 33.

Sonstige Forderungen		2024 EUR	2023 EUR
	Forderungen aus dem Abrechnungsverkehr mit verbundenen Unternehmen	6.972.011	34.024.679
	Übrige, nicht gesondert aufgliederte sonstige Forderungen	6.766.127	6.064.568
		13.738.138	40.089.247

Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten – aktive –		2024 EUR	2023 EUR
	Unterschiedsbetrag:		
	Agio aus Namensschuldverschreibungen	771.109	1.018.392
	Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten	244.716	246.996
		1.015.824	1.265.388

Eigenkapital	01.01.2024 EUR	Veränderung 2024	31.12.2024 EUR
Gezeichnetes Kapital ¹⁾	53.041.931	–	53.041.931
Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	–21.374.941	–	–21.374.941
Kapitalrücklage	11.919.931	–	11.919.931
Gewinnrücklagen			
1. Gesetzliche Rücklage	284.278	2.849.992	3.134.270
2. Andere Gewinnrücklage	287.152	–	287.152
Bilanzgewinn	2.849.992	–2.849.992	–
	47.008.343	–	47.008.343

¹⁾ Das gezeichnete Kapital ist eingeteilt in 103.741 auf den Namen lautende Stückaktien.

Aufgrund des mit Wirkung zum 01.01.2002 abgeschlossenen Ergebnisabführungsvertrags wurde der Jahresfehlbetrag in Höhe von 7.928.980,58 EUR von der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) übernommen. Zum Bilanzstichtag wurde der Bilanzgewinn aus dem Vorjahr in Höhe von 2.849.992. EUR in die gesetzliche Rücklage eingestellt. Diese beträgt nun zusammen mit der Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 1 HGB 10% des gezeichneten Kapitals.

Versicherungstechnische Bruttorückstellungen			Versicherungs-	davon: Bruttorück-	davon: Schwan-
			technische	stellung für noch	kungsrückstellung
			Bruttorückstellungen	nicht abgewickelte	und ähnliche
			insgesamt	Versicherungsfälle	Rückstellungen
			EUR	EUR	EUR
Unfall- und	Geschäftsjahr		14.155.630	13.493.015	–
Krankenversicherung	Vorjahr		10.025.477	9.333.023	–
davon	a) Unfallversicherung	Geschäftsjahr	3.720.931	3.058.315	–
		Vorjahr	4.008.037	3.315.583	–
	b) Krankenversicherung	Geschäftsjahr	10.434.700	10.434.700	–
		Vorjahr	6.017.440	6.017.440	–
Kraftfahrzeug-	Geschäftsjahr		340.910.059	293.593.725	20.516.489
Haftpflichtversicherung	Vorjahr		350.991.041	293.362.551	31.244.881
Sonstige	Geschäftsjahr		39.413.863	20.147.019	–
Kraftfahrtversicherung	Vorjahr		44.438.100	26.415.430	–
Feuer- und	Geschäftsjahr		4.306.440	3.104.183	–
Sachversicherung	Vorjahr		3.344.128	2.123.930	–
davon	a) Verbundene	Geschäftsjahr	1.847.680	673.488	–
	Hausratversicherung	Vorjahr	2.191.361	1.000.442	–
	b) Sonstige	Geschäftsjahr	2.458.761	2.430.695	–
	Sachversicherung	Vorjahr	1.152.767	1.123.488	–
Sonstige	Geschäftsjahr		21.883.445	15.823.111	3.126.233
Versicherungszweige	Vorjahr		22.453.496	16.364.081	2.918.758
Gesamtes selbst abgeschlossenes	Geschäftsjahr		420.669.438	346.161.052	23.642.722
Versicherungsgeschäft	Vorjahr		431.252.242	347.599.016	34.163.639

Bei den versicherungstechnischen Brutto-Rückstellungen sind für Regresse, Provenues und Teilungsabkommen im Geschäftsjahr 11.098.739 EUR (Vorjahr: 10.491.211 EUR) abgesetzt worden.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

In der Position „Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“ weisen wir treuhänderisch durch den Zurich Deutschland Vorsorge Trust e. V. verwaltetes Vermögen aus.

Anschaffungswert: 1.052.853 EUR

Zeitwert per 31.12.2024: 1.188.044 EUR

Vorjahreswert: 1.151.129 EUR

Dieses Vermögen dient ausschließlich der Sicherung eingegangener Pensionsverpflichtungen im Rahmen eines Contractual Trust Arrangements (CTA).

Zusätzlich enthält die Position den Aktivwert der Rückdeckungsversicherung für die Gehaltsumwandlung in Höhe von 43.078 EUR (Vorjahr: 46.737 EUR) und die Pensionsrückstellung in Höhe von 5.862.124 EUR (Vorjahr: 5.892.976 EUR).

Die Position ergibt sich somit nach Verrechnung der Verpflichtungen aus Pensionszusagen mit dem Zeitwert der zu verrechnenden Vermögensgegenstände.

Durch die geänderte Bewertungsmethode nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wurde das Wahlrecht der Verteilung der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen auf 15 Jahre ausgeübt. Der noch nicht erfasste Unterschiedsbetrag in Höhe von 11.290 EUR wurde im Jahr 2024 vollständig zugeführt.

Der Betrag aus der Bewertung der Vermögensgegenstände des Deckungsvermögens i. S. d. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB zu ihrem beizulegenden Zeitwert, sofern dieser die Anschaffungskosten der jeweiligen Vermögensgegenstände übersteigt, unterliegt einer Ausschüttungssperre in Höhe von 135.191 EUR (Vorjahr: 126.883 EUR) nach § 268 Abs. 8 HGB.

2016 hat der Gesetzgeber beschlossen, dass bei der Bewertung von Altersversorgungsverpflichtungen zukünftig anstelle des Sieben-Jahres-Durchschnittzinssatzes ein Zehn-Jahres-Durchschnittzinssatz verwendet wird.

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellung nach Maßgabe des Zehn-Jahres-Durchschnittzinssatzes und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des Sieben-Jahres-Durchschnittzinssatzes beträgt -49.641 EUR (Vorjahr: 71.302 EUR).

Da der Unterschiedsbetrag zwischen dem siebenjährigen Durchschnittszins und dem zehnjährigen Durchschnittszins negativ ist, liegt kein ausschüttungsgesperrter Betrag gemäß § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB vor.

Andere Rückstellungen

	2024 EUR	2023 EUR
Lieferantenrückstellungen	3.329.224	1.949.558
Provisionen	414.300	665.600
Sonstige Steuern	368.144	-
Jahresabschlusskosten	129.600	127.800
Übrige Posten	167.013	154.527
	4.408.281	2.897.485

Sonstige Verbindlichkeiten

	2024 EUR	2023 EUR
Verbindlichkeiten aus dem Kontokorrentverkehr mit verbundenen Unternehmen	6.019.284	6.200.244
Noch abzuführende Steuern	3.532.923	3.137.724
Verbindlichkeiten aus noch nicht eingelösten Schecks	1.381.674	1.263.921
Übrige, nicht gesondert aufgegliederte sonstige Verbindlichkeiten	1.301.459	1.105.036
	12.235.341	11.706.925

4.3.3. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung			Gebuchte	Verdiente	Verdiente
			Bruttobeiträge	Bruttobeiträge	Nettobeiträge
			EUR	EUR	EUR
Unfall- und Krankenversicherung		Geschäftsjahr	46.088.887	46.118.753	44.630.575
		Vorjahr	33.839.382	33.863.425	32.397.910
davon a) Unfallversicherung		Geschäftsjahr	2.785.880	2.815.746	1.327.568
		Vorjahr	2.909.746	2.933.789	1.468.275
b) Krankenversicherung		Geschäftsjahr	43.303.007	43.303.007	43.303.007
		Vorjahr	30.929.636	30.929.636	30.929.636
Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung		Geschäftsjahr	155.958.385	155.264.738	73.819.639
		Vorjahr	156.052.621	154.521.085	76.337.357
Sonstige Kraftfahrtversicherung		Geschäftsjahr	91.866.009	90.677.309	42.796.783
		Vorjahr	89.628.887	87.997.943	43.612.337
Feuer- und Sachversicherung		Geschäftsjahr	37.271.528	37.289.468	35.033.181
		Vorjahr	17.436.128	17.432.984	15.328.154
davon a) Verbundene Hausratversicherung		Geschäftsjahr	4.130.454	4.147.181	1.935.611
		Vorjahr	4.125.930	4.123.877	2.060.731
b) Sonstige Sachversicherungen		Geschäftsjahr	33.141.074	33.142.286	33.097.570
		Vorjahr	13.310.198	13.309.107	13.267.422
Sonstige Versicherungszweige		Geschäftsjahr	11.578.139	11.671.620	5.362.798
		Vorjahr	11.750.202	11.827.411	5.790.448
Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft		Geschäftsjahr	342.762.947	341.021.888	201.642.977
		Vorjahr	308.707.220	305.642.847	173.466.206

Im versicherungstechnischen Ergebnis sind aus der Abwicklung der Schadenrückstellungen der Vorjahre die nachfolgenden Ergebnisse enthalten: Geschäftsjahr Gewinn brutto / netto 21.906.218 EUR / 11.950.125 EUR (Vorjahr: Gewinn brutto / netto 25.136.957 EUR / 11.202.020 EUR).

Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	Rückversicherungssaldo	Versicherungstechnisches Ergebnis f.e.R.	Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge
EUR	EUR	EUR	EUR	Stück
24.495.559	25.457.180	-939.452	-4.770.165	172.957
15.020.361	18.668.901	-1.384.050	-1.203.163	137.472
515.547	534.226	-792.831	976.414	22.276
636.385	574.140	-1.116.744	613.244	23.799
23.980.012	24.922.953	-146.621	-5.746.579	150.681
14.383.976	18.094.761	-267.307	-1.816.407	113.673
129.785.405	31.740.309	-2.900.257	2.589.873	485.612
126.420.491	37.490.278	-3.689.453	-6.865.001	516.295
82.222.226	18.312.359	2.010.286	-7.726.868	408.870
100.056.864	20.735.183	14.190.292	-11.949.932	442.625
20.180.442	33.005.266	-1.045.705	-17.058.080	151.246
9.546.303	19.033.119	-974.969	-12.237.554	99.710
1.651.107	920.259		425.938	34.422
1.982.873	934.179		286.090	36.219
18.529.336	32.085.007		-17.484.017	116.824
7.563.430	18.098.940		-12.523.644	63.491
6.896.252	3.442.582	-2.255.285	-986.900	181.724
5.109.193	3.627.007	-2.993.695	-1.411.817	191.740
263.579.885	111.957.696	-5.130.415	-27.952.140	1.400.409
256.153.212	99.554.488	5.148.124	-33.667.467	1.387.842

Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung

Der Posten „Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung“ beinhaltet den Zinstransfer aus den Zinszuführungen zur Brutto-Rentendeckungsrückstellung in den selbst abgeschlossenen Unfall- und Haftpflichtversicherungen in Höhe des Mittelwertes aus Anfangs- und Endbestand der Rückstellung gewichtet mit dem für den Einzelvertrag maßgeblichen Rechnungszins.

Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	2024 EUR	2023 EUR
– selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft –		
Abschlussaufwendungen	82.237.464	69.912.448
Verwaltungsaufwendungen	29.720.233	29.642.040
	111.957.696	99.554.488

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen	2024 EUR	2023 EUR
Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	42.794.204	33.789.077
Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	–	–
Löhne und Gehälter	977.796	910.931
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	12.234	11.521
Aufwendungen für Altersversorgung	58.168	181.838
Aufwendungen insgesamt	43.842.402	34.893.367

Aufwendungen für Kapitalanlagen Im Geschäftsjahr wurden Abschreibungen gemäß § 253 Abs.3 Satz 5 HGB auf Anteile an Spezialfonds in Höhe von 791.672 EUR vorgenommen.

Honorar des Abschlussprüfers	2024 EUR	2023 EUR
Abschlussprüfungsleistungen (davon für Vorjahre: Ertrag 1.291 EUR)	87.268	89.800
Andere Bestätigungsleistungen	–	–
Steuerberatungsleistungen	–	–
Sonstige Leistungen	8.645	–
Gesamthonorar	95.913	89.800

Sonstige Erträge/sonstige Aufwendungen In der Position „Sonstige Erträge“ bzw. „Sonstige Aufwendungen“ werden die Zinsaufwendungen für Pensionsrückstellungen in Höhe von 55.419 EUR (Vorjahr: 73.477 EUR) und die Erträge aus CTA-Vermögen in Höhe von 36.916 EUR (Vorjahr: 101.472 EUR) saldiert ausgewiesen. Darüber hinaus sind in den sonstigen Erträgen im Geschäftsjahr Erträge aus Währungsumrechnung in Höhe von 0 EUR (Vorjahr: 1.611 EUR) sowie in den sonstigen Aufwendungen Belastungen aus der Währungsumrechnung in Höhe von 6.244 EUR (Vorjahr: 0 EUR) enthalten.

Außerordentliches Ergebnis Die außerordentlichen Erträge in Höhe von 27,375 Mio. EUR betreffen einen von der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) gewährten ertragswirksamen Zuschuss, mit welchem der Aktionär die Gesellschaft bei dem Vorhaben das Geschäft weiter auszubauen unterstützt. Außerordentliche Aufwendungen von 11.290 EUR entstanden im Geschäftsjahr durch die anteilige Zuführung des Unterschiedsbetrages aus der Neubewertung von Pensionsverpflichtungen gemäß Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB. Darüber hinaus entstanden uns außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 2.174.342 EUR (Vorjahr: 902.649 EUR) aus uns anteilmäßig belasteten Kosten für Restrukturierungsprogramme der Zurich-Strategie „Programm 2023“.

Sonstige Steuern Hierbei handelt es sich um Aufwand in Bezug auf Versicherungssteuer.

4.3.4. Allgemeine Angaben

4.3.4.1. Identifikation der Gesellschaft

DA Deutsche Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, Platz der Einheit 2, 60327 Frankfurt am Main. Sitz der Gesellschaft: Frankfurt am Main. Handelsregister: Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 112118.

4.3.4.2. Organe

Die Angaben zu den Mitgliedern des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf den Seiten 4 und 5 aufgeführt.

4.3.4.3. Gesamtbezüge des Aufsichtsrats und des Vorstands, gewährte Kredite

Die Vorstandsmitglieder Herr Schmidt-Schön und Herr Billing sind im Geschäftsjahr von unserer Gesellschaft vergütet worden. Die restlichen Mitglieder des Vorstands haben mit der Gesellschaft keinen Dienstvertrag und sind von Konzernunternehmen vergütet worden. Nur in dem Umfang, in dem sie für die Gesellschaft tätig geworden sind, ist es im Rahmen der allgemeinen Konzernumlage zu einer Belastung unserer Gesellschaft gekommen.

Da von der auszuweisenden Vergütung der zwei Vorstände aufgrund ihrer Tätigkeit für die Gesellschaft direkt auf sie geschlossen werden kann, wurde eine Nennung aufgrund von § 286 Abs. 4 HGB nicht vorgenommen.

Im Geschäftsjahr wurden für ehemalige Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene 140.664 EUR aufgewendet.

Die für ehemalige Vorstände und deren Hinterbliebene zu bildende Pensionsrückstellung beträgt 4.239.309 EUR.

Es wurde keine Vergütung für den Aufsichtsrat aufgewendet.

Kredite wurden im Jahr 2024 an Organmitglieder nicht gewährt.

4.3.4.4. Mitarbeiter

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter. Alle Funktionen und Dienstleistungen werden von verbundenen Unternehmen bezogen.

4.3.4.5. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Wesentliche aus der Bilanz nicht ersichtliche finanzielle Verpflichtungen liegen nicht vor.

4.3.4.6. Verbundene Unternehmen und Konzernzugehörigkeit

Die Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland), Frankfurt am Main, hat uns gemäß § 20 Abs. 4 AktG mitgeteilt, dass sie mit Mehrheit am Grundkapital unserer Gesellschaft beteiligt ist.

Die DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG gehört unmittelbar zu 100 % der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland).

Die Zürich Versicherungs-Gesellschaft AG, Zürich, und die Zurich Insurance Group Ltd., Zürich, halten jeweils mittelbar eine hundertprozentige Beteiligung an unserer Gesellschaft.

Der Jahresabschluss der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) und die Jahresabschlüsse ihrer Tochterunternehmen, wozu auch die DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG gehört, werden in den Konzernabschluss der Zürich Versicherungs-Gesellschaft AG, Zürich, einbezogen. Es handelt sich hierbei um den kleinsten Kreis von Unternehmen, in den unsere Gesellschaft einbezogen ist.

Die Zürich Versicherungs-Gesellschaft AG, Zürich, wird einschließlich ihrer Tochterunternehmen, zu denen die DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG gehört, in den Konzernabschluss der Zurich Insurance Group Ltd., Zürich, einbezogen; es handelt sich dabei um den größten Kreis von Unternehmen, in den die DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG einbezogen ist.

Der Konzernabschluss der Zurich Insurance Group Ltd., Zürich, wird im Bundesanzeiger veröffentlicht. Beide Konzernabschlüsse sind erhältlich bei der Zurich Insurance Group Ltd., Mythenquai 2, CH-8022 Zürich.

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen wurden zu marktüblichen Bedingungen vorgenommen.

4.3.4.7. Gewinnabführungsvertrag und Beherrschungsvertrag

Zwischen der DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG als abführendem Unternehmen und der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) als empfangendem Unternehmen besteht ein Gewinnabführungsvertrag vom 14.11.2002. Ferner besteht mit der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland) als herrschendem Unternehmen ein Beherrschungsvertrag vom 18.11.2014.

4.3.4.8. Vorgänge nach Geschäftsjahresschluss

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.

4.3.4.9. Haftungsverhältnisse

Aus der Übertragung der Pensionsverpflichtungen der Rentner auf die Deutscher Pensionsfonds AG ergibt sich aus den Pensionsfondsplänen die Verpflichtung, Nachschüsse zu leisten, für den Fall, dass das an die Deutscher Pensionsfonds AG übertragene Vermögen nicht ausreicht, um die Pensionsverpflichtungen gemäß dem entsprechenden Finanzierungsplan zu bedecken. Verbindlichkeiten waren zum Stichtag nicht zu bilanzieren. Zudem besteht für alle mittelbaren Pensionsverpflichtungen eine subsidiäre Haftung nach § 1 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG der Gesellschaft DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG.

Zum Teil haben ehemalige Mitarbeiter der DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG Versorgungsansprüche gegen die Versorgungskasse der Deutscher Herold Versicherungsgesellschaften, Versicherungsverein a. G. erworben. Für diese Versorgungsansprüche besteht eine subsidiäre Haftung der DA Deutsche Allgemeine Versicherung AG als ehemalige Arbeitgeberin nach § 1 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG. Wir sehen derzeit keine Anzeichen dafür, dass das Vermögen der Versorgungskasse der Deutscher Herold Versicherungsgesellschaften, Versicherungsverein a. G. nicht ausreicht, um die Versorgungszusagen zu erfüllen und daher ist mit einer Inanspruchnahme nicht zu rechnen.

Aufgrund unserer Mitgliedschaft bei der Verkehrsofferhilfe e. V. sind wir verpflichtet, dem Verein die für die Durchführung des Vereinszwecks erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen, und zwar entsprechend unserem Anteil an den Beitragseinnahmen, die von den Mitgliedsunternehmen im selbst abgeschlossenen Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgeschäft jeweils im vorletzten Kalenderjahr erzielt wurden.

Wir sehen keine Anzeichen dafür, dass sich die Marktverhältnisse der Mitgliedsunternehmen wesentlich ändern und damit die Verhältnismäßigkeit der Aufteilung.

Sonstige aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse liegen nicht vor.

Frankfurt am Main, den 25. März 2025

Der Vorstand

Stockhorst

Billing

Reuter

Schmidt-Schön

5. Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die DA Deutsche Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der DA Deutsche Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der DA Deutsche Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend beschreiben wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte:

Bestimmung des beizulegenden Wertes bei Anteilen an Wertpapier-Spezialfonds

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Für wie Anlagevermögen bewertete Anteile an Wertpapier-Spezialfonds sind bei voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorzunehmen. Bei Wegfall der Gründe, die zu einer Abschreibung geführt haben, sind Wertaufholungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten vorzunehmen.

Bei der Bestimmung des für den Umfang von Zu- und Abschreibungen maßgeblichen beizulegenden Wertes dieser Kapitalanlagen besteht Ermessen der gesetzlichen Vertreter.

Es besteht daher das Risiko für den Abschluss, dass das bei der Bestimmung des beizulegenden Wertes bestehende Ermessen fehlerhaft ausgeübt wird und erforderliche Zu- und Abschreibungen unterbleiben bzw. in falscher Höhe vorgenommen werden. Aus diesem Grund betrachten wir die Bestimmung des beizulegenden Wertes bei Anteilen an Wertpapier-Spezialfonds als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt:

Prüferisches Vorgehen

Wir haben uns mit den Prozessen zur Bestimmung des beizulegenden Wertes von Anteilen an Wertpapier-Spezialfonds befasst und die implementierten Kontrollen auf ihre Wirksamkeit hin beurteilt. Ferner haben wir für die wie Anlagevermögen bewerteten Anteile an Wertpapier-Spezialfonds durch aussagebezogene Prüfungshandlungen nachvollzogen, dass sämtliche von diesen gehaltene Vermögensgegenstände und Schulden im Rahmen einer Durchschau mit einem nachhaltig erzielbaren Wert berücksichtigt wurden.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bestimmung des beizulegenden Wertes der Anteile an Wertpapier-Spezialfonds ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bestimmung des beizulegenden Wertes der Anteile an Wertpapier-Spezialfonds sind im Abschnitt „Angaben zur Bilanzierung und Bewertung“ des Anhangs enthalten. Ferner sind in den Abschnitten „Angaben zur Bilanz – Zeitwerte“ Angaben zur Höhe der unterlassenen Abschreibungen und im Abschnitt „Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung – Nettoergebnis aus Kapitalanlagen“ Angaben zu den Zu- und Abschreibungen im Anlagevermögen enthalten.

Bewertung der in der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft betrifft zum weitaus überwiegenden Teil die Brutto-Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle, deren Bewertung sich nach den Vorgaben des § 341g HGB richtet.

Die Bewertung der Brutto-Teilschadenrückstellung für bekannte Versicherungsfälle erfolgt grundsätzlich einzeln je Schadenfall und basiert auf den Erkenntnissen und Informationen zum Bilanzstichtag sowie den Erfahrungen aus der Abwicklung vergleichbarer Schäden.

Die Bewertung der Brutto-Teilschadenrückstellung für unbekannte Versicherungsfälle erfolgt auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Verfahrens, bei dem Annahmen in Bezug auf die voraussichtliche Anzahl unbekannter Schäden sowie des hierfür voraussichtlich anfallenden Schadenaufwandes getroffen werden. Je Versicherungszweig und -art wird die Brutto-Teilschadenrückstellung für unbekannte Versicherungsfälle aus dem Produkt der erwarteten Anzahl an unbekanntem Versicherungsfällen und dem erwarteten Durchschnittsaufwand je unbekanntem Versicherungsfall pro Anfalljahr berechnet.

Die Brutto-Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle sind ein wesentlicher Passivposten im Jahresabschluss des Unternehmens. Aufgrund der Ermessensspielräume bei der Festlegung der Bewertung zugrundeliegenden Annahmen und Schätzungen haben wir die Bewertung der Brutto-Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt bestimmt, da hier das Risiko besteht, dass die Brutto-Teilschadenrückstellungen für bekannte und für unbekannte Versicherungsfälle insgesamt und in den einzelnen Versicherungszweigen und -arten nicht ausreichend bemessen sind.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben uns im Rahmen unserer Prüfung mit dem Prozess der Schadenbearbeitung und der Ermittlung der Brutto-Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle befasst.

Dabei haben wir für die Brutto-Teilschadenrückstellung für bekannte Versicherungsfälle den Prozess der Schadenbearbeitung und -reservierung, von der Schadenmeldung bis hin zur Abbildung im Jahresabschluss, untersucht. Hierzu haben wir wesentliche im Schadenbearbeitungsprozess implementierte Kontrollen getestet. Ferner haben wir für eine risikoorientiert ausgewählte Stichprobe von einzelnen Schadenfällen untersucht, ob die hierfür gebildeten Rückstellungen auf Grundlage der vorliegenden Informationen und Erkenntnisse zum Bilanzstichtag ausreichend bemessen sind.

Zur Prüfung der Bewertung der Brutto-Teilschadenrückstellung für unbekannte Versicherungsfälle haben wir für eine bewusst ausgewählte Stichprobe an Versicherungszweigen und -arten die Herleitung der geschätzten Anzahl der unbekanntem Spätschäden und deren erwarteter Höhe unter Berücksichtigung historischer Erfahrungen und aktueller Entwicklungen gewürdigt und deren rechnerische Ermittlung nachvollzogen.

Weiterhin haben wir zur Beurteilung der Angemessenheit der Bewertung der Brutto-Teilschadenrückstellungen in der Versicherungsart Kraftfahrzeug-Haftpflicht eigene Schadenprojektionen durchgeführt und den hierbei von uns ermittelten besten Schätzwert als Maßstab für die Beurteilung der ausreichenden Bemessung der Bruttoregistrierung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in dieser Versicherungsart zugrunde gelegt.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir Spezialisten mit Kenntnissen der Versicherungsmathematik eingesetzt.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung der in der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sind im Abschnitt "Angaben zur Bilanzierung und Bewertung" des Anhangs enthalten.

Sonstige Informationen

Der Aufsichtsrat ist für den Bericht des Aufsichtsrats verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden, für den Geschäftsbericht vorgesehenen Bestandteile, von denen wir eine Fassung bis zur Erteilung dieses Bestätigungsvermerks erlangt haben:

- den Bericht des Aufsichtsrats,
- den Fünf-Jahresüberblick sowie
- den Abschnitt Zurich Gruppe – Gesellschaftsstruktur und Kennzahlen,

aber nicht den Jahresabschluss, nicht die in die inhaltliche Prüfung einbezogenen Lageberichtsangaben und nicht unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer

(IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen

Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 06. Mai 2024 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 11. Juni 2024 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2021 als Abschlussprüfer der DA Deutsche Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Wir haben folgende Leistungen zusätzlich zur Jahresabschlussprüfung für das geprüfte Unternehmen bzw. für die von diesem beherrschten Unternehmen erbracht:

- Treuhändertätigkeit für den GDV

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Alexander Vogt.

Köln, den 31. März 2025

EY GmbH & Co. KG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Vogt
Wirtschaftsprüfer

Spengler
Wirtschaftsprüfer

6. Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat sich während des Geschäftsjahres über die wesentlichen Geschäftsvorgänge, die Lage und die Entwicklung der Gesellschaft sowie über grundlegende Fragen der Unternehmensplanung, die Risikosituation, das Risikomanagement, das interne Kontrollsystem und die Compliance durch mündliche und schriftliche Berichte regelmäßig, zeitnah und umfassend unterrichten lassen. Die vom Vorstand beabsichtigte Geschäftspolitik sowie Lage und Entwicklung der Gesellschaft wurden in zwei ordentlichen Aufsichtsratssitzungen erörtert. Dabei hat der Vorstand über das Erreichen der geplanten Ziele für das laufende Geschäftsjahr und über die Planung für die künftige Periode berichtet. Auf dieser Grundlage hat der Aufsichtsrat den Vorstand der Gesellschaft laufend überwacht und war in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung stets eingebunden.

Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende haben in Einzelgesprächen mit dem Vorstand geschäftspolitische Fragen sowie die tagesaktuelle Lage und die Entwicklung der Gesellschaft behandelt. Inhaltliche Themen des aus der Mitte des Gremiums gebildeten Prüfungsausschusses wurden während der Aufsichtsratssitzungen in jeweils separaten Tagesordnungspunkten behandelt.

Schwerpunkte der Beratung waren der Wachstumskurs und die damit verbundenen Ziele der Gesellschaft sowie die weiterhin konsequente Fortsetzung der Digitalisierung bzw. die Stärkung der neuen Geschäftsfelder der Gesellschaft. Weiterer Schwerpunkt war die Umsetzung von Maßnahmen im Hinblick auf den Digital Operational Resilience Act.

Bei den Mitgliedern des Aufsichtsrats sind keine Interessenkonflikte aufgetreten.

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 ist von der EY GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts der Gesellschaft, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Prüfungsbericht wurde den Mitgliedern des Aufsichtsrats ausgehändigt. Der Aufsichtsrat hat von dem Ergebnis der Prüfung zustimmend Kenntnis genommen.

In der Bilanzsitzung war der Abschlussprüfer bei der Besprechung des Jahresabschlusses anwesend, hat über die Durchführung der Prüfung berichtet und stand dem Aufsichtsrat für ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Nach dem abschließenden Ergebnis der eigenen Prüfung des Aufsichtsrats sind Einwendungen gegen den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns nicht zu erheben. Der Aufsichtsrat billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss, der damit festgestellt ist. Er schließt sich dem Vorschlag des Vorstandes über die Verwendung des Bilanzgewinns an.

Frankfurt am Main, im Mai 2025

Der Aufsichtsrat

Dr. Schildknecht

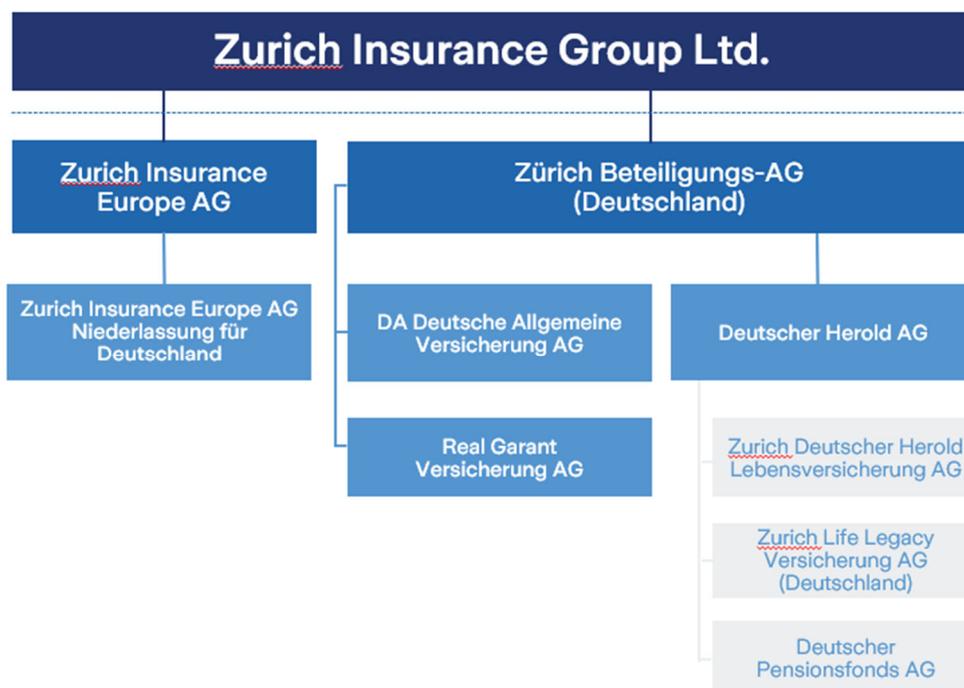
Vorsitzender

Dr. Utecht

stellvertretender Vorsitzender

Dr. Schmidt

7. Zurich Gruppe - Gesellschaftsstruktur



Kennzahlen Zurich Gruppe Deutschland

	2023	2024	Veränderung
	in Mio. EUR	in Mio. EUR	in Prozent
Versicherungsbeiträge (nach IFRS 17)	5.828	5.878	0,9 %
– Gebuchte Brutto-Beiträge Nicht-Leben	2.869	3.138	9,4 %
– Gebuchte Brutto-Beiträge Leben	2.959	2.740	–7,4 %
Neugeschäft Leben in APE*	268	269	0,3 %
Kapitalanlagen (inkl. FLV)	51.295	52.666	2,7 %
Combined Ratio Nicht-Leben	99,5 %	104,4%	4,9%-Pkt.
Business Operating Profit (BOP) nach IFRS 17**	254	344	35,3 %
Anzahl der Mitarbeiter (31.12.)	4.919	4579	–6,9 %

*) Annual Premium Equivalent (Neugeschäft laufende Beiträge plus 10 % der Einmalbeiträge)

**) Zurich-interne Leistungskennzahl für den Betriebsgewinn, vor Steuern und bereinigt um nicht-operative Kenngrößen (insb. Finanzmarktvolatilität und außerordentliche Ergebniskomponenten)

Impressum

Herausgeber:
Zurich Gruppe Deutschland
Deutzer Allee 1
50679 Köln

Telefon 0221/7715-0
www.zurich.de

DA Deutsche Allgemeine
Versicherung Aktiengesellschaft

Sitz der Gesellschaft:
Frankfurt am Main

Handelsregister: Amtsgericht
Frankfurt am Main

HRB 112118